

NEWSLETTER DER GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG



GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT
LEIPZIG

7



Liebe Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte, liebe Interessierte,

ein neues Jahr ist immer ein willkommener Anlass, die vergangenen zwölf Monate zu reflektieren, die getane Arbeit zu würdigen und wichtige Entwicklungen zu dokumentieren. Vielmehr noch bietet der Newsletter auch die Möglichkeit eines kritischen Blicks nach vorne.

Die hier vereinten Beiträge geben Aufschluss über die Vielfaltigkeit der Tätigkeiten an der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) und symbolisieren die vielen Stunden an ehrenamtlichem und hauptamtlichem

Engagement an diesem Ort. Hierfür sei im Namen des Vereinsvorstandes allen Beteiligten herzlich gedankt.

Das gemeinsame Wirken macht die Gedenkstätte zu einem lebendigen Ort der kritischen Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Leipzig und den Zumutungen der Gegenwart.

Die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 und die Landtagswahlen im Herbst werfen ihre Schatten voraus. Das politische und gesellschaftliche Klima in Sachsen wird zusehends rauer, der breite Zuspruch für autoritäre

Lösungen, wie sie auch die AfD propagiert, fordert uns als Gedenkstätte auf, uns hörbar in geschichtspolitischen Debatten einzumischen. Aus unserer Sicht sollten sich Gedenkstätten ihres kritischen Potentials stärker bewusst werden und sich als Orte der politischen Bildung wiedererkennen. Antisemitismus, Rassismus und Gewalt gegen politisch Andersdenkende gehören keineswegs der Vergangenheit an, sondern haben auf den Straßen und den Parlamenten mit der AfD und sympathisierenden Personen und Gruppen einen zunehmenden Resonanzraum.

Im April luden wir Engagierte aus der sächsischen Gedenkstättenlandschaft zu einem Workshop mit dem Titel „Doppelte Vergangenheit und Totalitarismus-Paradigma“ ein. Im Zuge der zwei Tage diskutierten wir intensiv über die erinnerungspolitischen Entwicklungen in Deutschland und Sachsen seit 1989. Zugleich intensivierten wir die Bemühungen, eine landesweite Vernetzung der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Sachsen aufzubauen. Mit der Gründung der *sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS* (sLAG) existiert nun seit Herbst eine gemeinsame Interessenvertretung, die einerseits einen solidarischen Austausch untereinander ermöglicht und andererseits den Mitgliedern politisches Gewicht geben soll.

Das Jahr 2018 war auch ein Jahr der Veränderungen für den Förderverein. Seit April können wir Ann Katrin Düben als dritte hauptamtliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte begrüßen. Sie ist intensiv in der lokalen und überregionalen Vernetzungsarbeit aktiv und entwickelt zukünftig Strategien zur konzeptionellen und organisatorischen Weiterentwicklung der GfZL. Ein Anfang wurde dieses Jahr bereits gemacht. Die bisherige Doppelrolle des Vereins als Träger der beiden

Gedenkstätten von Margarete Blank in Panitzsch und der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in der Permoserstraße ist zu Ende gegangen. In Panitzsch hat sich im Juni ein neuer Verein gegründet, der seinen Fokus auf das Haus von Margarete Blank und somit auf das Gedenken der 1945 von den Nationalsozialisten hingerichteten Ärztin richtet. Durch die Neugründung des in Panitzsch angesiedelten Vereins soll das von ihm getragene Blank-Haus stärker an die Gemeinde Borsdorf angebunden werden. An dieser Stelle möchten wir Dr. Petra Lau für ihr langjähriges Engagement im Verein und für die Gedenkstätte in Panitzsch herzlich danken. Wir wünschen dem „Dr.-Margarete-Blank-Gedenkstätte Panitzsch“ e.V. ein erfolgreiches Wirken und verbleiben in freundschaftlicher Verbundenheit. Damit es nicht zu Verwechslungen kommt, wurde zudem eine Namensänderung des Leipziger Trägervereins der GfZL notwendig. Entsprechend der Satzungs-Neufassung läuft er in Zukunft unter dem Namen „Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig“ e.V.

Mit Spannung blicken wir auf die Entwicklungen rund um die Riebeckstraße 63 in Leipzig-Thonberg. Der Leipziger Stadtrat hat durch den Antrag „Gedenken an politisch motiviertes Unrecht im Gebäudekomplex Riebeckstraße 63“ einen wichtigen und längst überfälligen Prozess zur historischen Aufarbeitung in Gang gesetzt. Wir freuen uns als Gedenkstätte diesen Prozess begleiten zu können.

Wir wünschen Ihnen einen geruhsamen Jahresausklang und eine spannende Lektüre.

Für den Vereinsvorstand

Nadine Lorenz, Hannes Schneider und Jonas Kühne

3 Neues aus der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig	13 Die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft (sLAG) zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus: Stärkung – Vernetzung – Weiterbildung	17 Die Riebeckstraße 63 von 1939-1945. Drehscheibe der NS-Zwangsarbeit in Leipzig	26 Vom Bauantrag zum Barackenlager – Sichtbarkeit von Zwangsarbeit im Leipziger Westen
7 Ein außergewöhnlicher Mensch – Andrei Iwanowitsch Moiseenko		20 Das Schicksal eines französischen Zwangsarbeiters in Leipzig-Gohlis	29 Weibliche Täterschaft in Leipzig. Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu den ehemaligen Aufseherinnen des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“
9 „Doppelte Vergangenheit und Totalitarismusparadigma.“ Geschichtspolitische Diskurse und Entwicklungen seit 1990 im Land Sachsen.	15 „...vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig...“ – Rückblick auf eine Wanderausstellung über die Verfolgung mitteleuropäischer Sinti und Roma im Nationalsozialismus“	23 Verschleppt, entrechtet und ausgebeutet: die sogenannten Ostarbeiter im Raum Leipzig 1939 bis 1945	32 „...bitte um Rückgabe.“ Privatfotos einer Aufseherin des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“

Neues aus der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Anne Friebe



→ Kunstinstallation, Mahnmahl Abtnaundorf (Bild: GfZL)

← Museumsnacht 2018 (Bild: GfZL)



2018 war in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit einiges in Bewegung – hier gibt es einen kurzen Einblick:

Wie in jedem Jahr haben sich auch 2018 Mitarbeiterinnen und Ehrenamtliche der Gedenkstätte zu einem internen Perspektiventreffen getroffen.

Wir verbrachten ein schönes September-Wochenende im Kohrener Land, bei dem wir über die zukünftige Entwicklung der Gedenkstätte diskutierten und konkrete Schritte planten. Eine gemeinsam formulierte Zielsetzung ist die aktive Beteiligung der GfZL an der Gestaltung eines partizipativen Gedenkortes in der Riebeckstraße 63, der ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt.

Denn ein wichtiges Anliegen der GfZL ist es, die Geschichte von zentralen Orten Leipzigs im NS zu thematisieren, die Auseinandersetzung mit

→ Perspektiven-Treffen
(alle Bilder GfZL)



← Mahnmal Abtnaundorf



↓ Museumsnacht 2018



diesen anzuregen und sich für ein würdiges Gedenken einzusetzen. In diesem Sinne haben wir in den letzten Jahren gemeinsam mit anderen Vereinen und Personen die Modernisierung des Mahnmals in Leipzig-Abtnaundorf initiiert und begleitet. Nachdem dort bereits 2017 zwei Informationstafeln errichtet wurden, weihte der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung im Januar 2018 eine künstlerische Installation vor dem Obelisk in Abtnaundorf ein. Das etwa zehn Meter lange Objekt des Leipziger Künstlers Harald Alff besteht aus 208 Stelen aus Corten-Stahl, in die die Namen aller namentlich bekannten Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers „Leipzig-Thekla“ sowie des „Massakers von Abtnaundorf“ eingestanzte sind. Weiterführende Informationen gibt es auf unserer Homepage. Damit ist dieses Projekt nun vorerst beendet. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit!

Ein weiterer Ort, der 2018 im Fokus der GfZL stand, ist das Gebäude des ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers „HASAG-Leipzig“ in der Kamenzer Straße 12 in Leipzig-Schönefeld. Die Fabrikhalle, die der HASAG ab Sommer 1944 zur Unterbringung von mehr als 5.000 weiblichen KZ-Häftlingen diente, ist das letzte erhaltene KZ-Gebäude in Leipzig. Eine historische Aufarbeitung ist an diesem Ort jedoch unmöglich – denn seit zehn Jahren ist die Nutzung des Gebäudes für Konzerte der Neonaziszene sowie als Trainingsraum für rechte Hooligans bekannt. Auch eine Gedenktafel an das KZ-Außenlager wurde wiederholt verunstaltet und zerstört. Am 8. Mai 2018 demonstrierten daher etwa 200 Menschen in der Kamenzer Straße um auf die aktuelle Nutzung des Ortes aufmerksam zu machen. Der Förderverein der GfZL unterstützt diesen Protest und fordert eine öffentliche Debatte über die Nachnutzung des erhaltenen histo-

rischen Gebäudes in der Kamenzer Straße 12. Auch in der bereits erwähnten Riebeckstraße 63 in Leipzig-Thonberg sind wir momentan aktiv an der Entwicklung eines Gedenkortes beteiligt. Der Gebäudekomplex beherbergte zwischen 1892 und 1945 die Städtische Arbeitsanstalt und erfuhr bis 1990 verschiedene Nutzungen: im NS als Zwangsarbeitsanstalt für jüdische Leipziger_innen sowie Sinti und Roma, als Durchgangslager für Zehntausende von Zwangsarbeiter_innen sowie Gestapo-Gefängnis, in der DDR als psychiatrische Einrichtung und venerologische Station. Nach einem Stadtratsbeschluss vom Frühjahr 2018 soll dort nun ein Gedenkort entstehen, der die Geschichte von Ausgrenzung und Repression in der Riebeckstraße 63 thematisiert. **Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 17-20.**

2018 haben wir unsere Vernetzung mit lokalen und überregionalen

Akteur_innen der NS-Aufarbeitung intensiviert. So waren wir bei der Vorbereitung einer Leipziger Gedenkdemo zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome beteiligt. Unter dem Motto „Erinnern – Für eine offene Gesellschaft“ zogen 2.000 Menschen still durch die Leipziger Innenstadt, wo an mehreren Stellen Audiobeiträge und Videoprojektionen das jüdische Leben hör- und sichtbar machten. Auch an der Gründung der *sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem NS* (sLAG) waren wir aktiv beteiligt (s. S. 13).

Mehr als 2.500 Menschen besuchten im Laufe des Jahres die Gedenkstätte oder eine unserer Veranstaltungen. Unter ihnen waren Angehörige ehemaliger Zwangsarbeiter_innen aus den Niederlanden, den USA, Frankreich, Belgien, Polen und Italien. Eindrücklich war der Besuch von Andrei Iwanowitsch Moiseenko, der selbst als Jugendlicher für

die HASAG in Leipzig Zwangsarbeit leisten musste und später ins KZ Buchenwald überstellt wurde. **Einen Bericht über seinen Besuch lesen Sie auf den Seiten 7-8.**

Unser Veranstaltungsprogramm war auch 2018 sehr vielfältig und gut besucht, insbesondere der Vortrag über homosexuelle Häftlinge in den KZ, die Filmvorführung „Ja, Andrei Iwanowitsch“ sowie ein Vortrag über Naturschutz im Nationalsozialismus. Zur Museumsnacht Halle-Leipzig boten wir Führungen durch die Ausstellung der Gedenkstätte an, die auf breites Interesse stießen. Außerdem organisierten Ehrenamtliche den Workshop „Doppelte Vergangenheit und Totalitarismusparadigma. Geschichtspolitische Diskurse und Entwicklungen seit 1990 im Land Sachsen.“ (s. **Bericht auf S. 9**)

Die Stadteilrundgänge zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit sowie die

Fahrradtour durch Böhlen erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit. Den Lindenauer Rundgang hat Milan Spindler übernommen, und auch der Plagwitz-Rundgang konnte mit dem neuen Guide Marvin Keitel wieder in das Programm aufgenommen werden. Damit bietet die GfZL nun mittlerweile Rundgänge in sechs verschiedenen Stadtteilen an. In diesem Jahr haben wir mehrere Touren auch im Rahmen von Stadtteil- oder Straßenfesten angeboten – mit großem Erfolg! Momentan arbeiten wir daran, die Rundgänge methodisch und didaktisch für Schüler_innen aufzubereiten, so dass sie auch im Rahmen des Schulunterrichts genutzt werden können.

2018 haben wir die wissenschaftliche Arbeit zum Thema NS-Zwangsarbeit intensiviert – neben umfangreichen Archivrecherchen nahmen Mitarbeiterinnen und Ehrenamtliche der Gedenkstätte auch aktiv an verschiedenen Tagungen teil. Neue



↑ Veranstaltung „Naturschutz im NS“

← Veranstaltung „Überlebende als Akteurinnen“



↑ Schloss Lichtenburg, (Bild: Gustav Peinel)

Erkenntnisse konnten wir insbesondere bei Grundlagen-Recherchen in den Archiven des Internationalen Suchdienstes (ITS) sowie im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig gewinnen. Die gewonnenen Informationen fließen in unsere Vermittlungsarbeit sowie in die Datenbank ‚NS-Zwangsarbeit in Leipzig‘ ein, die auf einer digitalen Karte visualisiert wird und auf der Medienstation in der Gedenkstätte einsehbar ist. 2019 soll die Karte endlich auch online zugänglich gemacht werden. Ein aktuelles Forschungsprojekt widmet sich den ehemaligen Aufseherinnen des KZ-Außenlagers „HASAG-Leipzig“ **(mehr dazu ab S. 29)**.

Vier Studierende haben in diesem Jahr ihre Praktika in der Gedenkstätte absolviert: Emanuel Feuerriegel unternahm Recherchen in verschiedenen Archiven nach ehemaligen NS-Zwangsarbeiter_innen und Arbeitseinsatzträgern. Die aus den Quellen gewonnenen Informationen fließen in die digitale Karte zu ‚NS-Zwangsarbeit in Leipzig‘ ein. Steffen Butzkus war für die Betreuung der Wanderausstellung „...vergiss die

Photos nicht“ in Leipzig verantwortlich **(s. S. 15)**. Er unterstützte die Entwicklung des Begleitprogramms, die Öffentlichkeitsarbeit und die Besucher_innenbetreuung. Außerdem hat er damit begonnen einen Workshop zur Verfolgung Homosexueller in Sachsen ab 1935 zu konzipieren, für den er in Archiven recherchierte und Quellen auswählte. Lukas Jocher begann sein Praktikum im November 2018. Er entwickelt pädagogische Materialien für die Arbeit mit Schulklassen, die im nächsten Jahr zum Einsatz kommen sollen. Jonas Nachtigall sichtete in einem Kurzpraktikum im Frühjahr die museologische Sammlung der Gedenkstätte und erfasste diese in einer digitalen Datenbank. Im September begann er schließlich ein zweites Praktikum in der Gedenkstätte, im Rahmen dessen er die museologische Sammlung und die Interimsausstellung erweitern sowie Vermittlungsangebote für Schüler_innen entwickeln wird. Dank seines Engagements ist die Sammlung nun übersichtlicher strukturiert und konservierend gelagert.

Wir bedanken uns herzlich bei den Praktikanten, aber auch bei allen Ehrenamtlichen und Vereinsmitgliedern, die die Arbeit der Gedenkstätte unterstützen. Danke fürs Übersetzen und Dolmetschen, für Führungen und Stadtteilrundgänge, für die Organisation und Moderation von Veranstaltungen, die Teilnahme an Vernetzungstreffen, die Organisation von internen Treffen, das Engagement in Diskussions- und Entwicklungsprozessen sowie für die vielen kleinen Zuarbeiten im Alltag.

Ein außergewöhnlicher Mensch: Andrei Iwanowitsch Moiseenko

Anne Friebe

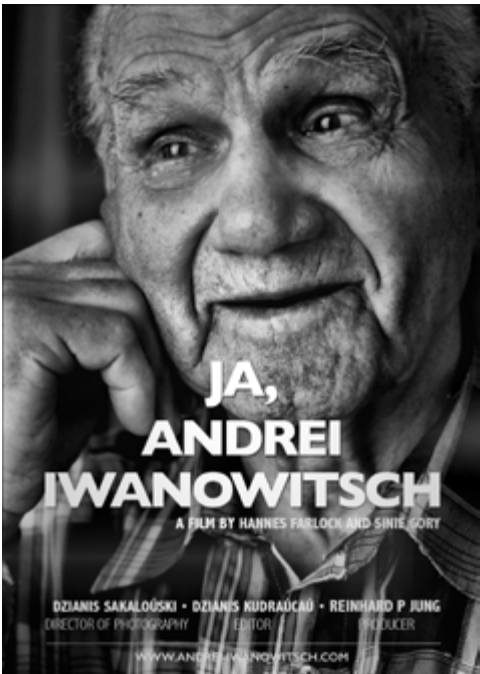


↑ Andrei Iwanowitsch in der GfZL (Bilder: GfZL)

Schon lange hatten wir uns auf diesen Besuch gefreut – am 12. April 2018 kam Andrei Iwanowitsch Moiseenko nach Leipzig. Der 92-jährige ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftling war in der Gedenkstätte Buchenwald zu Gast, um als einer von nur noch wenigen Überlebenden an den Feierlichkeiten zum 73. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers teilzunehmen. Seinen Aufenthalt in Deutschland nutzte er auch, um an der Vorpremiere des Films „Ja, Andrei Iwanowitsch“ in Leipzig teilzunehmen. Andrei Iwanowitsch Moiseenko wurde 1926 im Norden der Ukraine in eine bäuerliche Familie geboren. Seine Eltern starben früh, so dass er bereits mit 15 Jahren die Verantwortung für sich und seine fünf jüngeren Geschwister übernehmen musste. Kurz darauf besetzte die Wehrmacht die Region. Andrei wurde auf der Straße von deutschen Soldaten verhaftet, zum nächsten Bahnhof gebracht und ins Deutsche Reich verschleppt – zur

Zwangsarbeit nach Leipzig. Hier musste er zwei Jahre lang beim Rüstungsbetrieb HASAG arbeiten, anfangs in der Produktion, später im Ersatzteillager. Da er in der Zwischenzeit etwas Deutsch gelernt hatte, freundete er sich mit einem älteren deutschen Arbeiter an. Im Februar 1944 jedoch wurde er gemeinsam mit sechs anderen polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern plötzlich verhaftet und verdächtigt, Anführer einer Widerstandsgruppe zu sein. Die jungen „Ostarbeiter“ wurden in das „Ausländergefängnis“ der Gestapo in der Riebeckstraße 63 gesteckt. Zwei Monate später wurde Andrei Iwanowitsch schließlich in das KZ Buchenwald eingewiesen. Hier kam er direkt nach der Ankunft in das „Kleine Lager“, in dem der Tod allgegenwärtig war. Mehrere Monate musste Andrei im gefürchteten Steinbruch arbeiten. Im Herbst 1944 überstellte die SS ihn ins Außenlager Wansleben, wo KZ-Häftlinge in unterirdischen Hallen Granatzün-

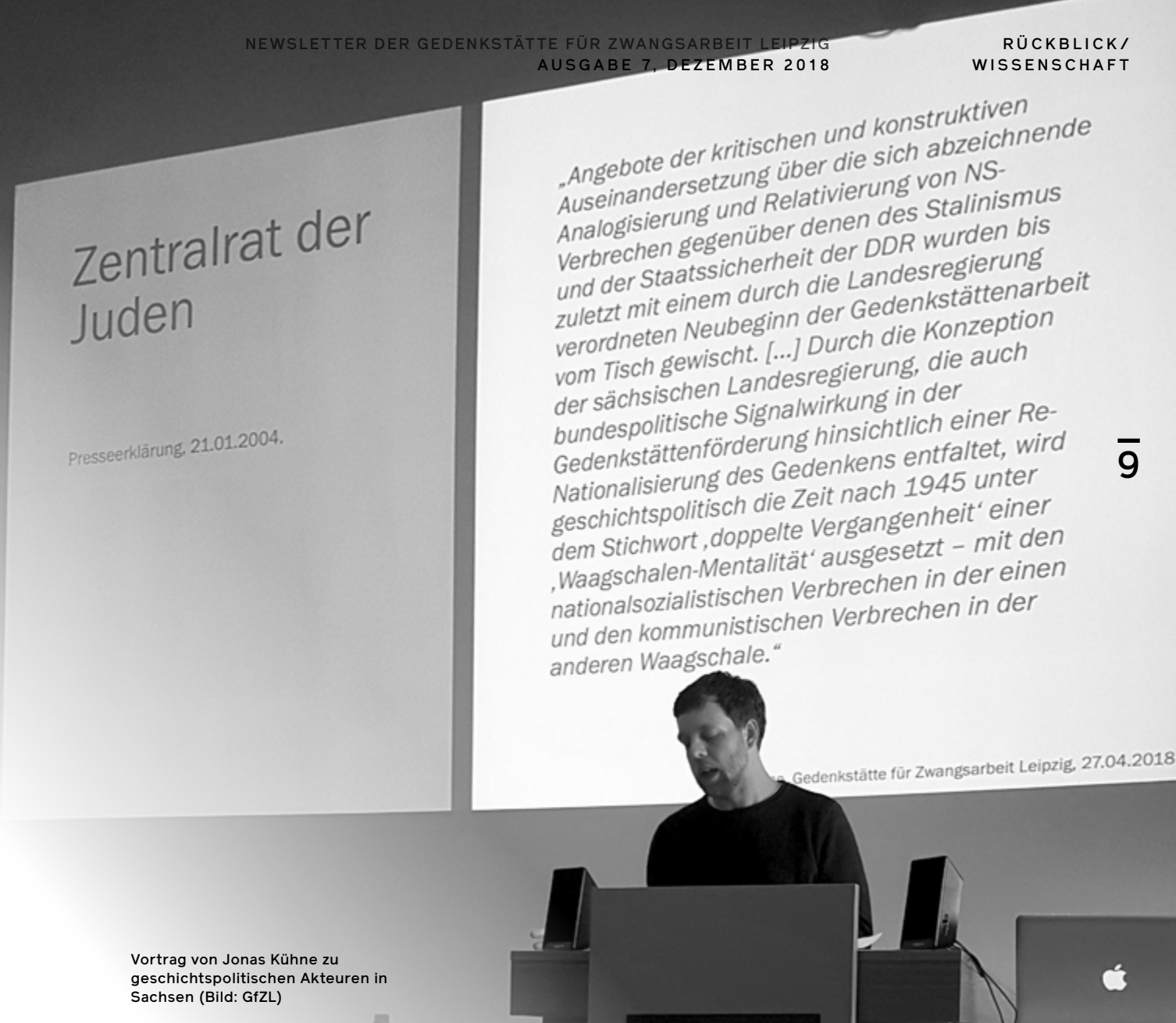
der, Flugzeugmotoren sowie Teile der V1 und V2 Raketen produzierten. Hier arbeitete Andrei Iwanowitsch bis zur Befreiung durch US-amerikanische Truppen am 14. April 1945. Bereits wenige Wochen nach seiner Befreiung wurde er in die Rote Armee eingezogen und einer Garnison in Belarus zugeteilt, wo er als Fahrer diente. 1950 schied er aus der Armee aus und entschied sich, in Minsk zu bleiben. Andrei Iwanowitsch studierte und arbeitete als Zeichner im Konstruktionsbüro eines großen Maschinenherstellers. 1952 heiratete er seine große Liebe, sie bekamen zwei Söhne. Noch heute lebt er in Minsk, wo er in der Geschichtswerkstatt und in dem Klub "Liebhaber der deutschen Sprache" Hannes Farlock kennenlernte. Farlock arbeitete zu dieser Zeit in Belarus und entschied sich bald, einen Film über Andrei Iwanowitsch zu drehen: „So einen außergewöhnlichen Menschen hatten wir zuvor noch nie getroffen. Nicht mit seinem Schicksal hadernnd, jedem Tag und jedem Menschen mit Neugier begegnend, leidensgeprüft aber nicht verbittert, heiter.“ Vier Jahre dauerten die Produktionsarbeiten zu „Ja, Andrei Iwa-



← Filmposter, Ja, Andrei Iwanowitsch

nowitsch“ („Ich, Andrei Iwanowitsch“), und im Oktober 2018 feierte der Film seine Weltpremiere auf dem Orlando Film Festival in den USA. Als Andrei Iwanowitsch Moiseenko und Hannes Farlock im April 2018 in Buchenwald zu Gast waren, besuchten sie auch Leipzig und die Gedenkstätte für Zwangsarbeit. In einem langen Gespräch schilderte Andrei seine Erinnerungen an die Zwangsarbeit bei der HASAG, den Aufenthalt im Gestapo-Gefängnis sowie die Zeit im KZ Buchenwald. Am Abend des 12. April fand dann die Vorpremiere von „Ja, Andrei Iwanowitsch“ in einem vollen Kinosaal in der Schaubühne Lindenfels in Anwesenheit des Protagonisten statt. Nach der Filmvorführung entspannen sich lange Gespräche und Diskussionen mit und über Andrei Iwanowitsch Moiseenko. Für uns war es ein schöner, eindrücklicher und bewegender Tag mit einem der letzten Zeitzeugen der NS-Zwangsarbeit in Leipzig.

<http://www.andrei-ivanowitsch.de/>



„Doppelte Vergangenheit und Totalitarismusparadigma.

Geschichtspolitische Diskurse und Entwicklungen seit 1990 im Land Sachsen.“
Freitag, 27. April –
Samstag, 28. April 2018

Ann Katrin Düben, Jonas Kühne, Philipp Meyer,
Sebastian Schönemann

Die sächsische Gedenkstättenlandschaft ist durch ein besonderes Spannungsverhältnis zwischen NS- und SBZ/DDR-Vergangenheit gekennzeichnet. Insbesondere im Umgang mit den Orten sogenannter ‚doppelter Vergangenheit‘ haben sich in annähernd drei Jahrzehnten wiederholt Konflikte zwischen Opferverbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und freistaatlichen Akteur_innen zugespitzt. Einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen bildete die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) im Jahr 2004 durch den Zentralrat der Juden in Deutschland, den Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Opfer der NS-Militärjustiz. Damit reagierten die Verbände auf die einseitige Gewichtung im Gedenkstättenstiftungsgesetz zugunsten der Erinnerungsarbeit bezüglich der DDR-Vergangenheit. Die novellierte Fassung aus dem Jahr 2012 passte schließlich das Stiftungsgesetz an die „Faulenbach-Formel“ an, die eine Relativierung von NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung von DDR-Unrecht ausschließt.¹¹ Trotz dieses Kompromisses hält in Sachen eine Konfliktsituation an, die wesentlich durch die Konjunktur des ‚Totalitarismus-Paradigmas‘ geprägt ist.

Von dieser Beobachtung ausgehend fand vom 27. bis 28. April 2018 in Leipzig der Workshop „Doppelte Vergangenheit und Totalitarismusparadigma“ statt, an dem NS- und DDR-Forschende, Interessierte sowie in der Mehrzahl Akteur_innen aus dem Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit in Sachsen teilnahmen. Der Workshop wurde von der Stiftung Zeitlehren sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. In Kooperation mit Cornelia Siebeck, die einen Workshop ähnlichen Zuschnitts im November 2015 an der Gedenkstätte Neuengamme angeboten hatte, passte die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig die Inhalte von 2015 den aktuellen politischen Verhältnissen an. Dabei fand die geschichtspolitische Konstellation in Sachsen besondere Berücksichtigung. Das Format des Workshops war diskursiv und partizipativ angelegt. Die Diskussion unter den Teilnehmer_innen sollte den größten Raum einnehmen, während drei einführende Vorträge Thesen zuspitzten. Inhaltlich teilte sich der Workshop in vier Module auf, die den öffentlichen Umgang mit der NS- und SBZ/DDR-Vergangenheit und die besondere Problemlage in Sachsen aufgriffen. Um einen möglichst breiten Zugang zu den

Themen zu bieten, wurden den Teilnehmer_innen vier Wochen im Voraus Quellenpakete verschiedener Gattungstypen – Periodika, Gesetzestexte, Bildmaterial – zur Verfügung gestellt, die während des Workshops als Diskussionsgrundlage dienten. Kleingruppen diskutierten die Quellen während des Workshops entlang von Leitfadenfragen, die von den Organisator_innen formuliert worden waren. Die zentralen Diskussionsinhalte wurden anschließend kurz zusammengefasst und leiteten über zur Großgruppendifkussion.

Totalitarismus-Paradigma und die deutsche Nationalgeschichte

In ihrem Einführungsvortrag erläuterte Cornelia Siebeck die Funktion des ‚Totalitarismus-Paradigmas‘ im Prozess des Nation-Building der Bundesrepublik. Die BRD habe hinsichtlich ihres Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, anders als Österreich oder die DDR, kein geschlossenes Geschichtsbild vertreten. Kennzeichnend für die BRD war vielmehr der Diktaturenvergleich, der zum einen kollektiv entlastete und zum anderen die beiden deutschen Teilstaaten als Provisorien des *eigentlich* angestrebten deutschen Nationalstaates deutete. Als dieses Ziel im Jahr 1990 erreicht war, habe eine geschichtspolitische Neuordnung eingesetzt: der ‚Sieg‘ der Demokratie über die Diktatur wurde zur gegenwartsaffirmativen Meistererzählung. Im Hinblick auf den Umgang mit den historischen Orten des Nationalsozialismus, die aus den zivilgesellschaftlich getragenen Gedenkstätteninitiativen der 1970er, 1980er und 1990er Jahre in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend institutionalisiert worden sind, kritisierte Siebeck den Verlust des progressiven Potenzials von Gedenkstätten im aktuellen Diskurs.

Der anschließende Vortrag von Jonas Kühne, Teil des Organisationsteams, richtete den Fokus auf geschichtspolitische Akteure im Bundesland Sachsen und zeichnete ein enges Netzwerk aus Wissenschaft, Politik und Verfassungsschutz nach, das ein an der Extremismustheorie orientiertes Geschichtsbild trägt. In diesem Kontext hob Jonas Kühne die Geschäftsführung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) als geschichtspolitischen Akteur hervor, der in der Vergangenheit wiederholt mit einer verkürzten antitotalitären Argumentation in die Schlagzeilen geriet. Symptomatisch, so Kühne, sei für Sachsen ein gezielter, auf die positive Identitätsbildung gerichteter Nationalisierungsdiskurs, der sich dabei zunehmend an rechtskonservativen Positionen orientiere.

Nach diesen beiden die Problemstellung des Workshops inhaltlich zuspitzenden Vorträgen nahm der Workshop einen Debattencharakter an. Das erste Modul, moderiert von Ann Katrin Düben, trug den Titel „Totalitarismus-Paradigma und die deutsche Nationalgeschichte“ und zeichnete am Beispiel des Opfergedenkens einen erin-

nerungskulturellen Wandel in der Bundesrepublik nach: dominierte seit den 1960er Jahren eine Kriegstote, NS-Verfolgte und Opfer des Kommunismus nivellierende Deutung von Opferschaft, wurde der singuläre Charakter des Holocaust mit dem Mahnmal in Berlin im Jahr 2006 auch geschichtspolitisch anerkannt. Mit der Realisierung des Denkmalprojektes kam zugleich die Idee für ein „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ in Berlin auf. Dieses „Denkmal der Freude“ sei als diskursive Schließung eines zur positiven Referenz erhobenen negativen Gedächtnisses zu interpretieren, so der Tenor der Diskutierenden, und somit als Umbruch hin zu einer zunehmend positiven nationalen Identitätsbildung.

Neuausrichtung des nationalen Diskurses durch Druck von rechts

Das zweite Modul „Neuausrichtung des nationalen Diskurses durch Druck von rechts?“ wurde von Sebastian Schöнемann konzipiert und moderiert. Das Modul widmete sich am Beispiel der „Alternative für Deutschland“ (AfD) einem aktuellen politischen Akteur sowie der Frage, inwiefern die AfD Sagbarkeitsregeln im geschichtspolitischen Diskurs verschiebt. Anhand von Grundsatzprogrammen auf Landesebene wurde in der Diskussion versucht, ein geschlossenes Geschichtsbild der AfD sowie entsprechende Strategien zu erkennen. Dabei wurde konstatiert, dass die Themen der AfD regional ausgerichtet und durchaus heterogen sind. Dennoch werden drei Schwerpunktthemen und -forderungen erkennbar: erstens das 19. Jahrhundert als Zeit der deutschen Nationswerdung, zweitens die Bezugnahme auf den Herbst 1989, die sowohl historische Entwicklungslinien davor als auch danach ausblendet, und drittens die Forderung nach einer Überwindung der kritischen, insbesondere durch die 68er-Generation geprägten Erinnerungskultur. Wie aus den Programmen deutlich wurde, will die AfD ihre Umbruchs- und Überwindungsnarrative insbesondere über den Schulbildungssektor – im Unterricht und in Schulbüchern – verankern.

SBZ/DDR-Gedenken im Zeichen des Totalitarismus-Konzeptes

Am zweiten Tag begann der Workshop mit einem Vortrag von Enrico Heitzer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen. Einleitend stellte er am Beispiel Sachsenhausen die Diskussion um die Zukunft der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen Anfang der 1990er Jahre dar und erläuterte die Entscheidung zur räumlichen Trennung der KZ-Gedenkstätte und des Museums zum Speziallager Nr. 7. Diese hiermit zum Ausdruck kommende historische Differenzierung verdeutlichte Heitzer in seinem Vortrag mittels eines biographischen Zugriffs. So dekonstruierte er Opfernarrative ehemaliger Internierter des sowjetischen Speziallagers und machte auf deren nationalsozialistische Vergangenheit aufmerksam.

Philipp Meyer leitete das dritte Modul „SBZ/DDR-Gedenken im Zeichen des Totalitarismus-Konzeptes“ mit visuellen Eindrücken aus dem Menschenrechtszentrum in Cottbus ein und wies auf die hier sehr ähnliche Bildsprache bei Darstellungen des NS und der DDR hin. An diesem Beispiel wurde in der Diskussion auf die erweiterte Problematik geschichtspolitischer Entwicklungen von Erinnerungsorten und Museen in Mittel- und Osteuropa hingewiesen. Überwindungs- und Nationalisierungsdiskurse spielen hier eine übergeordnete Rolle in der Vermittlung von Geschichtswissen über die realsozialistischen Diktaturen. An diese Form der Mythenbildung knüpfe das Menschenrechtszentrum in Cottbus an. Aus dem Narrativ der „stetigen Freiheits- und Einheitsbestrebungen“ entstand ein Gründungsmythos der neuen Bundesrepublik nach 1989, der die „Selbstbefreiung vom SED-Regime“ postuliert und damit die „Selbstbefreiung von Buchenwald“ als DDR-Gründungsmythos abgelöst habe. Schlussendlich lässt eine derartige ‚Happy-End-Geschichte‘ historische Differenz, die Heterogenität der damals aktiven Akteur_innen und das Bewusstsein für die offene Situation 1989/90 zum Verschwinden bringen. Zum Abschluss des Moduls wurde über die Bedeutung von Stadtmarketing und Entpolitisierung historischer Ereignisse am Beispiel des Leipziger „Lichtfests“ in Erinnerung an die Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 diskutiert.

Totalitarismus-Paradigma im sächsischen Gedächtnis-Diskurs

Das vierte Modul wurde von Jonas Kühne moderiert und trug den Titel „Totalitarismus-Paradigma im sächsischen Gedächtnis-Diskurs“. Es stellte eine Vertiefung des einführenden Vortrags vom ersten Tag dar und richtete den Fokus auf die StSG als zentralen geschichtspolitischen Akteur in Sachsen. Zunächst wurde von den Teilnehmer_innen das sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz mit dem Sachsen-Anhalts verglichen. Auffallend ist hierbei, dass in der Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalts zwei getrennte Beiräte (NS/DDR) gesetzlich festgesetzt sind, während in Sachsen ein gemeinsamer Beirat vorgesehen ist. Kritisiert wurde von den Teilnehmer_innen insbesondere die Präambel des sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes, welche mit einem Zitat von Hannah Arendt aus dem Jahr 1959 beginnt.²² Dieses Zitat diene als „Prellbock“ für die in den 2000er Jah-

1 Der Historiker Bernd Faulenbach hat im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit folgende Formel geprägt, die seitdem die offizielle bundesdeutsche Gedenkstättenpolitik prägt. Demnach soll es „bei dem Gedenken zu keiner Relativierung der NS-Verbrechen durch die Verbrechen des Stalinismus und zu keiner Bagatellisierung der stalinistischen Verbrechen durch Verweis auf NS-Verbrechen kommen“, Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, 10.06.1998, BT-Drs. 13/11000, S. 240.

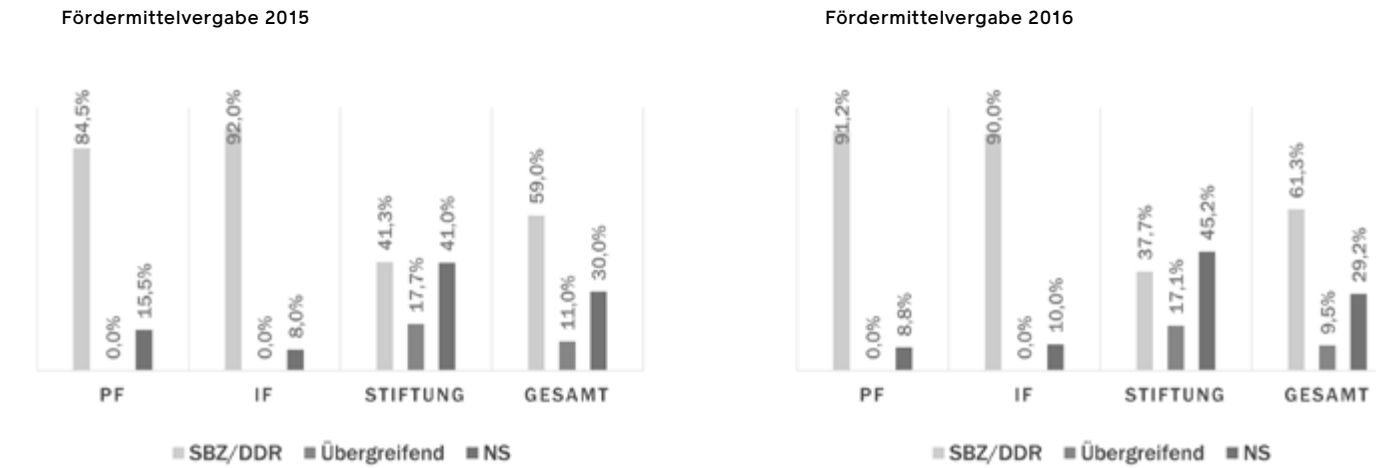
2 Das Zitat lautet: „Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt“, Stiftung Sächsische Gedenkstätten: Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (*Sächsisches Gedenkstättenstiftungsgesetz – SächsGedenkStG*), https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/u9/SaechsGedenkStG_16_12_2012.pdf (01.12.2016).



12 ren laut gewordene Kritik an der geschichtspolitischen Ausrichtung der StSG und sollte vor allem die aus dem Stiftungsbeirat ausgetretenen Institutionen dazu bewegen, weiter zu kooperieren. Symptomatisch für die politische Kultur in Sachsen sei überdies der eigenmächtige Beitritt der Geschäftsführung der StSG in die „Platform of European Memory and Conscience“, ein Bündnis vornehmlich mittel- und osteuropäischer Initiativen und Institutionen, das eine konsequent am ‚Totalitarismus-Paradigma‘ orientierte geschichtspolitische Strategie verfolgt. Im weiteren Verlauf des Moduls rückte die aktuelle Evaluierung der StSG in den Mittelpunkt, von der sich die Teilnehmenden jedoch keinen inhaltlichen Kurswechsel versprechen, da sich die Prüfung der Stiftung vornehmlich an Effizienzkriterien orientieren werde, so die Befürchtung der Teilnehmenden.

Fazit

In der abschließenden Auswertung des Workshops wurde nach den Konsequenzen der Diskussionen der letzten zwei Tage gefragt. Hierbei wurde angeregt, die während des Workshops zusammengekommene Diskussionsrunde zu verstetigen und darüber hinaus in den Dialog mit Vertreter_innen von SBZ/DDR-Erinnerungsorten, aber auch internationalen Akteur_innen zu treten. Das Ziel sei es, Strategien für einen kritischen Umgang mit dem gegenwartsorientierten Gebrauch der „doppelten Vergangenheit“ zu entwickeln. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass angesichts der Landtagswahl im Jahr 2019 eine stärkere öffentliche Positionierung von Akteur_innen historisch-politischer Bildungsarbeit erfolgen sollte.



Die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft (sLAG) zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus:

Stärkung - Vernetzung - Weiterbildung

Ann Katrin Düben



↑ Die Sprecher_innen der sLAG: Uwe Hirschfeld, Ann Katrin Düben, Daniela Schmohl, Klaus Hammerlik (v.l.)

Im September 2018 gründeten Einzelpersonen und Vertreter_innen von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und -initiativen in Frankenberg (Sachsen) die sLAG Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die sLAG versteht sich als ein lockerer Zusammenschluss von Akteur_innen im Feld der kritischen Erinnerungsarbeit in Sachsen und dient der gegenseitigen Unterstützung durch Vernetzung, der Stärkung ihrer Stimmen im sächsischen Diskurs über den Nationalsozialismus sowie des wissenschaftlichen Austauschs und der Weiterbildung.

Die Idee zur Gründung eines Netzwerkes von Akteur_innen der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Sachsen geht auf die „Erinnerungspolitischen Fachtage“ zurück, die seit 2014 regelmäßig unter Federführung von Prof. Uwe Hirschfeld an der

Evangelischen Hochschule (ehs) Dresden stattfinden. Während der hier geführten Diskussionen wurden folgende Herausforderungen für die Vermittlung der Geschichte und Nachgeschichte des NS erkannt: das Versterben der Zeitzeug_innen und der damit einhergehende Verlust ihrer subjektiven Erfahrungen im öffentlichen Erinnerungsdiskurs, das Spannungsverhältnis zwischen nationalen Meistererzählungen und einer von Migration geprägten Gesellschaft sowie ein Diskurswandel, in dem zunehmend rechte, antisemitische und menschenfeindliche Positionen sagbar werden.

Vor diesem Hintergrund bildete sich im Jahr 2017 ein Koordinationskreis, der die Gründung der sLAG vorbereitete, und dem Uwe Hirschfeld (ehs), Solvejg Höppner, Franz Hammer (beide Kulturbüro Sachsen e.V.),

Daniela Schmohl (VVN-BdA Leipzig e.V.), Stephan Conrad (Treibhaus e.V.) sowie Jonas Kühne und Ann Katrin Düben (beide GfZL) angehörten. Teil der Vorbereitung der sLAG war es, ein Selbstverständnis zu formulieren, eine zukünftige Arbeitsweise festzulegen und Projektmittel bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) einzuwerben. Hierbei handelt es sich um einen Projektantrag für 2019, der über die GfZL eingereicht wurde und über den zur Zeit noch in den Gremien der Stiftung debattiert wird. Sollte er bewilligt werden, würde damit eine hauptamtlich besetzte Service- und Beratungsstelle geschaffen werden, die die sLAG öffentlich vertritt, Weiterbildungen, Tagungen und Seminare organisiert und den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Mitgliedern der sLAG koordiniert.

Eine zentrale Aufgabe des Koordinationskreises war weiterhin die Organisation der Gründungsveranstaltung der sLAG, die am 18. September 2018 in Frankenberg stattfand. Frankenberg wurde dabei bewusst als Ort der Gründung gewählt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das unweit entfernte ehemalige Konzentrationslager Sachsenburg zu lenken. Hier wurden zwischen 1933 und 1937 Gegner des NS sowie weitere Personengruppen, die nicht zur sogenannten Volksgemeinschaft gezählt wurden, festgehalten und gequält. Über die Geschichte des KZ sowie seine Nachgeschichte informierte zu Beginn Anna Schüller von der Geschichtswerkstatt Sachsenburg im Rahmen einer Ortsbegehung. Im Anschluss an die Führung sprach Daniel Ristau über das Ausstellungsprojekt „Bruch/Stücke. Die Novemberpogrome in Sachsen 1938“.

Der Gründungsakt der sLAG erfolgte am Abend in Anwesenheit von Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst in Sachsen, Thomas Firmenich, Bürgermeister der Stadt Frankenberg/Sa., sowie Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors.

Während der Gründungsveranstaltung nahmen die Redner_innen, unter ihnen Uwe Hirschfeld, auf die besonderen Herausforderungen in Sachsen Bezug. Denn hier zeigen sich seit Jahren die Folgen einer Politik, die versucht, die Erinnerung an SBZ- und DDR-Unrecht sowie die nationalsozialistischen Verbrechen gegeneinander auszuspielen, anstatt ihre Berechtigung gleichermaßen anzuerkennen. Ein zentraler Akteur dieser Erinnerungspolitik ist die Geschäftsführung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Angesichts ihrer im Jahr 2016 bekannt gewordenen ungleichen Projektmittelvergabe ließ sie verlauten, dass Sachsen Land der Friedlichen Revolution

sei, sich hier jedoch keines der KZ-Hauptlager befunden hätte. Derartige öffentliche Äußerungen blenden aus, dass in Sachsen seit 1933 frühe Konzentrationslager errichtet wurden, in denen die Unterdrückung, Verfolgung und Ausbeutung erprobt und systematisiert wurden. Zum Kriegsende hin erstreckte sich über Sachsen ein engmaschiges KZ-Außenlagersystem. Sachsen war außerdem ein Zentrum der Rüstungsindustrie und NS-Zwangsarbeit, und in Torgau befand sich das Zentrum der NS-Militärjustiz, der Tausende zum Opfer fielen.

Die sLAG wird in Zukunft dafür eintreten, dass der Nationalsozialismus in Sachsen sowie seine gesellschaftlichen Folgen nicht länger heruntergespielt werden und den vielen Engagierten im Bereich der Erinnerungsarbeit eine Stimme gegeben wird: so zum Beispiel dem Stadtgeschichtenerzähler Klaus Hammerlik, der in Großenhain über die Geschichte der Jüdinnen und Juden aufklärt. Er ist einer von vielen Akteur_innen in Sachsen, die sich kontinuierlich mit der Geschichte des Nationalsozialismus, mit Antisemitismus und menschenfeindlichen Einstellungen auseinandersetzen. Daher ist es besonders erfreulich, dass Klaus Hammerlik neben Daniela Schmohl, Ann Katrin Düben und Uwe Hirschfeld Teil des am 18. September gewählten Sprecher_innenrates der sLAG ist.

Eine weitere erfreuliche Wendung und ein erster Schritt hin zur stärkeren Sichtbarkeit der sLAG in der bundesdeutschen Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft ist ihre Mitgliedschaft im FORUM. Dank des Engagements unseres Vorstandsmitglieds Jonas Kühne ist die sLAG Teil dieses bundesweiten Zusammenschlusses der Landesarbeitsgemeinschaften von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und -initiativen. Die Mitgliedschaft im FORUM bricht die jahrzehntelange erinnerungspolitische Isolation Sachsens auf und lässt die vielen Akteur_innen einer dezentralen Erinnerungskultur in Sachsen, vertreten durch die sLAG, am bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs teilhaben.

„...vergiss die
Photos nicht, das ist
sehr wichtig...“ –

Rückblick auf
eine Wanderausstellung
über die Verfolgung
mitteldeutscher
Sinti und Roma
im Nationalsozialismus“

von Steffen Butzkus

↑ Vortrag von Alexander Rode zu Kontinuitäten der Marginalisierung von Leipziger Sinti und Roma, im Felsenkeller Leipzig (Bild: GfZL)

Eher zufällig stieß die Liverpooler Professorin Eve Rosenhaft beim Recherchieren nach Informationen über die Verfolgung der deutschen Sinti und Roma auf einen Karton mit 40 Aufnahmen mitteldeutscher Sinti. Zu ihrer Überraschung waren die archivierten Aufnahmen, welche aus den 1930er Jahren stammten, nicht aus der Perspektive der Täter_innen entstanden, wie es in dieser Zeit eher die Regel war, sondern es waren Zeugnisse privater, geradezu vertrauter Momente, die in den Fotografien festgehalten wurden. Prof. Rosenhaft begann weiter zu recherchieren, da ihre Neugier geweckt wurde. Sie fand heraus, dass die Aufnahmen von dem Dessauer Fotojournalisten Hanns Weltzel stammten, der einen Teil davon für die „Gypsy Lore Society“ in Liverpool angefertigt hatte. Weltzel, der in den Jahren 1932-39 mehr als 200 Fotografien von Sinti und Roma aufnahm, lebte in Roßlau bei Dessau und arbeitete dort für die Anhaltische Presse. In wenigen Jahren schaffte es Weltzel in einer Zeit von zunehmender Ausgrenzung ein geradezu freundschaftliches, vertrautes Verhältnis zu den im mitteldeutschen Raum lebenden Sinti aufzubauen. Seine Fotos zeugen davon.

In ihren weiteren Nachforschungen erfuhr Prof. Rosenhaft, dass sich ein weiterer Teil der Fotografien Weltzels im Nachlass des Pfarrers Georg Althaus befanden, der in der Nachkriegszeit viel Kontakt zu überlebenden Sinti hatte und ihnen half, an private Fotografien ihrer Familien zu gelangen. Der Nachlass von Althaus wurde an das Archiv der Universität Liverpool übergeben und verdreifachte so den Fotobestand über die im mitteldeutschen Raum lebenden Sinti-Familien.

2011 lud Prof. Rosenhaft den Dessauer Stadtarchivar Frank Kreislar zu dem Workshop „Roma-Geschichte: Forschung/Archiv/Erinnerung“ ein. Dieser brachte Jana Müller aus dem Zeitzeugenarchiv Dessau mit. Müller arbeitet seit über 20 Jahren mit Überlebenden der Shoah zusammen, archiviert deren Geschichten und schult Dessauer Schüler_innen zum Thema Sinti- und Roma-feindlichkeit.

Da Jana Müller viele der Überlebenden und deren Familien noch persönlich kennen gelernt hat, mit ihnen über



ihre Lebensgeschichte gesprochen und diese festgehalten hat, konnten umfangreiche Geschichten zu den Bildern Weltzels rekonstruiert werden. Rosenhaft und Müller entwickelten die Idee, auf der Grundlage der Fotografien eine Ausstellung zu konzipieren, welche die Geschichte mitteldeutscher Sinti-Familien anhand von Privataufnahmen erzählen sollte.

Die Wanderausstellung „...vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig...“ wurde 2018 fertiggestellt und im Januar eröffnet. In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig wurde sie von Jana Müller nach Leipzig gebracht und im August für eine Woche im Felsenkeller gezeigt. Auf über 60 Aufstellern wird die Geschichte von 9 Sinti-Familien aus dem mitteldeutschen Raum erzählt. Der Zugang über die Privataufnahmen eröffnet eine neue Perspektive auf die Ausgrenzung von Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus, da er nicht, wie häufig, auf Bildern der Täter_innen basiert, sondern auf ganz privaten Momenten der Betroffenen, in denen sie sich aus freiem Willen haben fotografieren lassen.

Besondere Erwähnung in der Ausstellung findet die Geschichte von Erna Lauenburger, die bekannte Romanfigur Unku, deren Geschichte in dem Roman „Ede und Unku“ von 1931 verarbeitet wurde. Dieser Roman erzählt von der Kindheitsgeschichte Ede und Unkus und ordnet diese in den Klassenkampf kommunistischer Arbeiter_innen in den 1930er Jahren ein. Dieser Roman, der zur Pflichtlektüre in der DDR wurde, thematisiert allerdings nicht die Anfeindungen, die Erna Lauenburger aufgrund ihrer Sinti-Zugehörigkeit erleiden musste. Diesen fehlenden Aspekt des Lebens Unkus versucht die Ausstellung abzudecken.

Auffällig war auch, dass einige der abgebildeten Personen nach ihrer Deportation aus Mitteldeutschland im letzten Kriegsjahr unfreiwillig als Zwangsarbeiter_innen in die Region zurückkehrten. Sie kamen als „arbeitsfähige“ KZ-Häftlinge aus Auschwitz in die Zweigwer-

ke des Leipziger Rüstungsbetriebs Hugo-Schneider-AG (HASAG) in Taucha, Altenburg und Schlieben. Ihren Lebensgeschichten wird die Gedenkstätte für Zwangsarbeit im nächsten Jahr weiter nachgehen.

Nicht nur der Kuratorin Jana Müller ist es ein Anliegen auf die derzeitige Ausgrenzung und immer wiederkehrenden Anfeindungen gegen Sinti und Roma in Europa aufmerksam zu machen, auch die GfZL veranstaltete im Rahmen der Ausstellung einen Vortrag, in dem es vor allem um die Kontinuitäten der Marginalisierung von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart ging. Vor rund 80 Besucher_innen referierte Alexander Rode zum Thema der Ausgrenzung von Sinti und Roma in Leipzig durch städtische Behörden von der Weimarer Republik bis zum Übergang zur systematischen staatlichen Verfolgung in der NS-Zeit. Eindrücklich legte Alexander Rode in seinem Vortrag dar, dass die Ausgrenzung von Sinti und Roma nicht mit historischen Zäsuren beginnt und damit endet, sondern es sich vielmehr um eine Kontinuitätsgeschichte handelt, deren zu Grunde liegende Mechanismen und Muster bis heute fortwirken und -bestehen. Im Anschluss trat Petra Čagalj Sejdi auf das Podium. Sie ist Gründungsmitglied des Vereins Romano Sumnal, der ersten Rom_nja-Selbstorganisation in Sachsen und Leipziger Stadträtin der Fraktion Bündnis 90/Grünen. Sie erzählte von den aktuellen Herausforderungen, vor denen der Verein und seine Mitglieder stehen, so beispielsweise die Benachteiligung von Rom_nja im Bildungsbereich und die zunehmende Sichtbarkeit von Ressentiments gerade auf politischer Ebene.

Über 450 Interessierte besuchten die Ausstellung in den sieben Tagen, in denen Sie in Leipzig zu sehen war, und es gab ein durchgehend positives Feedback. Wir bedanken uns bei Jana Müller und Prof. Eve Rosenhaft für ihre Arbeit und die daraus resultierenden Einblicke in das Leben und die Ausgrenzung mitteldeutscher Sinti und Roma.

Die Riebeckstraße 63 von 1939–1945.

Drehscheibe der NS-Zwangsarbeit in Leipzig

Hannes Schneider



↑ Das Vorderhaus des Gebäudekomplexes Riebeckstraße 63

Das Gelände der ehemaligen „Städtischen Arbeits-anstalt“ in der Riebeckstraße 63 in Leipzig-Thonberg hat eine zentrale und übergreifende Bedeutung für den Verbrechenskomplex Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs in Leipzig. Es gibt nicht den einen Ort, welcher für die Gesamtbedeutung von NS-Zwangsarbeit in Leipzig stehen kann – dieser Tatsache versucht die Gedenkstätte für Zwangsarbeit etwa durch Stadtteilrundgänge Rechnung zu tragen – da gerade der dezentrale und flächendeckende Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ein wesentliches Merkmal ist. Der Riebeckstraße 63 als Internierungs- sowie Durchgangslager und Polizeigefängnis für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter kommt dennoch eine räumliche wie organisatorische Schlüsselfunktion zu, wie sie sich an keinem anderen der über 500 Lager-, Haft- oder Arbeitsorte in Leipzig finden lässt.

Im Oktober 1943 befanden sich nach Angaben der Stadt Leipzig über 50.000 „ausländische Arbeitskräfte“ im Stadtgebiet. Diese Menschen waren als zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter oder als Kriegsgefangene nach Leipzig deportiert wurden und mussten hier vor allem für Rüstungsbetriebe arbeiten. Es ist davon auszugehen, dass nahezu alle diese Menschen über das „Durchgangslager für ausländische Arbeitskräfte“ Leipzig erreichten. Neben dem 28.000 qm großen Anstaltsgelände der Riebeckstraße 63 als Zentrum nutzte das Leipziger Arbeitsamt noch das angrenzende Obdachlosenheim in der Dauthestraße sowie die 27. Volksschule in der Zillerstraße 9 als Durchgangslager. Ab Februar 1944 richtete das Arbeitsamt darüber hinaus auf der Reitzenhainer Straße 124 (heute Prager Straße und Standort des Technischen Rathauses) eine eigene „Ausländerstelle“ ein. Der Eilenburger Bahnhof (heute Lene-Voigt-Park) wurde für den Transport der Menschen in Güterwagen genutzt.

Die Nutzung der Riebeckstraße 63 als Durchgangslager begann im Februar 1940 mit dem Eintreffen der ersten polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Die letzten Transporte aus dem Lager lassen sich im Januar 1945 belegen.

Das Durchgangslager diente dem Zweck möglichst viele „ausländische Arbeitskräfte“ in kürzester Zeit von der Erstaufnahme zur Zuweisung an Leipziger Betriebe, Ämter oder Privatpersonen zu bringen. Dafür wurden alle ankommenden Menschen erkennungsdienstlich aufgenommen und in einer Kartei erfasst. Darauf folgte die Untersuchung durch den Ärztlichen Dienst des Leipziger Arbeitsamtes. Sie glich einer scharfen Musterung, welche zwei Leitmotiven folgte: Das war zum einen der Schutz der deutschen Bevölkerung vor Infektionen und Epidemien in Form streng kontrollierter Entlausungen und Desinfektionen. Zum anderen sollte damit der

Erhalt der ‘Arbeitsfähigkeit’ der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit finanziellem und personellem Minimalaufwand gewährleistet werden. Diese beiden Grundgedanken lassen sich zugleich als Leitprinzip der gesamten medizinischen Versorgung von Zwangsarbeiter_innen charakterisieren.

Entgegen der deutschen Propaganda, wonach besonders die Menschen aus Osteuropa Krankheiten nach Deutschland „einschleppen“ würden, waren es die von deutschen Behörden geschaffenen Bedingungen, welche Krankheiten verursachten. Wurden die Zwangsarbeiter_innen vom Ärztlichen Dienst als arbeitsfähig und gesundheitspolizeilich unbedenklich eingestuft, erfolgte die Zuweisung an ihre zukünftigen Arbeitsplätze in Leipzig, jedoch nicht ohne Einweisung in die strikten Meldevorschriften durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Ausländerstelle“ des Leipziger Arbeitsamtes.

Weiterhin hatte die Riebeckstraße ein zentrale Bedeutung für die Disziplinierung und Bestrafung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Auf dem Gelände bestanden verschiedene Haft- und Internierungsabteilungen. Die möglichst lückenlose Überwachung aller zur Zwangsarbeit eingesetzten Menschen diente im wesentlichen drei Aufgaben. So sollte erstens die Arbeitsdisziplin und damit die Arbeitsleistung aufrecht erhalten werden. Zum anderen sollte jeder Kontakt zur Leipziger Bevölkerung unterdrückt werden, solange er nicht für den Arbeitsablauf notwendig war. Als drittes achtete die Gestapo sehr genau auf Widerstand oder aufrührerisches Verhalten durch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Dabei verschwammen die Grenzen zwischen selbst heraufbeschwörten Gefahren und tatsächlich widerständigem Verhalten häufig. Nicht zuletzt verdeutlicht das „Polizeiersatzgefängnis für Ausländer“ auf dem Gelände der Riebeckstraße die Verflechtung von Ausbeutung und Disziplinierung: das Leipziger Arbeitsamt arbeitete eng mit den örtlichen Polizeibehörden zusammen, um den Zwangsarbeitseinsatz so effektiv wie möglich zu gestalten.

Zur Geschichte der Riebeckstraße 63

• 1892 wurde die „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ (im Volksmunde „Georgine“) in Leipzig-Thonberg errichtet. Das 28.000m² große Grundstück in der Riebeckstraße 63 umfasste ein Arbeitshaus sowie ein Versorgten- und Krankenhaus. In das Arbeitshaus wurden Frauen und Männer zur Verbüßung von Haft und zur Reinigung von Ungeziefer von der Polizei eingewiesen. Die Versorgtenabteilung nahm „lüderliche“, „trunkfällige“, erwerbsunfähige und mittellose alters- und körper-schwache Personen auf. Das Gelände umfasste sechs Gebäude für 400 Personen und war von einer 3,20m hohen Mauer umgeben. 1909 wurde die Einrichtung in „Städtische Arbeitsanstalt“ umbenannt.

• Während des Nationalsozialismus erfuhr der Gebäudekomplex verschiedene Nutzungen. So wurde wurde das Gelände zunächst als Arbeitshaus weiter genutzt. Wer als „asozial“ galt, konnte hierher verbracht und zur Arbeit gezwungen werden. Ein bereits erfolgter Aufenthalt in einem Arbeitshaus konnte als Grundlage für die Einweisung als „Asozialer“ in eines der Konzentrationslager durch die zuständige Gestapo-Stelle dienen. Dies ist beispielsweise im Rahmen der »Aktion Arbeits-scheu Reich« 1938 geschehen.

• In der Riebeckstraße 63 wurden auch Leipziger Sinti und Roma zwangsweise durch das Arbeitsamt untergebracht, nachdem ihnen ab 1936 die Anmietung einer eigenen Wohnung verweigert oder ein bestehendes Mietverhältnis aufgekündigt wurde.

• Ab April 1940 galt für alle Leipziger Jüdinnen und Juden die allgemeine Arbeitspflicht. Hauptarbeitgeber war die Stadtverwaltung, Einsatzort unter anderem die Städtische Arbeitsanstalt. Hier mussten die jüdischen Zwangsarbeiter_innen Holz hacken, Nieten und Metallteile sortieren, Müll trennen und sortieren.

• Während des Zweiten Weltkrieges war die Städtische Arbeitsanstalt auch mit vielen ehemaligen Patient_innen der Heil- und Pflgeanstalt Dösen belegt. Aus der Riebeckstraße wurden mind. 90 Personen in andere Euthanasie-Anstalten verlegt.

• Nach dem Luftangriff vom 4. Dezember 1943 nutzte die Stadtverwaltung die Städtische Arbeitsanstalt als Sammellager für Juden und Jüdinnen, die deportiert werden sollten. Von der Riebeckstraße wurden sie mit Straßenbahnen zu den Deportationszügen am Hauptbahnhof bzw. am Güterbahnhof Engelsdorf gebracht. Von dort wurden die meisten nach Theresienstadt oder in Vernichtungslager wie Auschwitz deportiert.

• Der Gebäudekomplex wurde im Krieg teilweise zerstört, zwei der Backsteingebäude stehen heute nicht mehr.

• Ende November 1945 wurde ein Repatriierungslager für Zwangsarbeiter_innen aus Polen in der Riebeckstraße eingerichtet. Seitdem hat das Gelände verschiedene Nutzungen erfahren: In der SBZ und/oder DDR wurden die Gebäude u.a. als Außenstelle des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen sowie als Wohnheim für Menschen mit Behinderungen genutzt. Auch eine geschlossene venerologische Station befand sich hier, in die vermeintlich geschlechtskranke Frauen und Mädchen zwangseingewiesen wurden.

• Heute gehört das Gelände der Riebeckstraße 63 dem Städtischen Eigenbetrieb Behindertenhilfe, der dort bis 2013 ein Wohnprojekt für Menschen mit einer geistigen und/oder Mehrfachbehinderung sowie chronisch psychisch kranke Erwachsene betrieben hat. 2013 wurde in zwei Häusern eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende eingerichtet. Aktuell wird ein Gebäude als Kindergarten umgebaut.

• Anfang des Jahres 2018 reichte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Leipziger Stadtrat einen Antrag ein, der ein Gedenken am Ort der Riebeckstraße 63 forderte. Mit nur einer Gegenstimme entschied sich der Stadtrat am 16. Mai 2018 für eine erinnerungskulturelle Ausgestaltung.

• Über eine zukünftige Gedenkform diskutiert seit dem Stadtratsbeschluss unter Federführung von Thomas Seyde, Psychiatriekoordinator der Stadt Leipzig, eine Beratungsrunde. Ihr gehören das Sächsische Psychiatriemuseum an, die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, die Fachstelle für Extremismusforschung und Gewaltprävention und Petra Čagalj Sejdi, migrationspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion Leipzig und Gründungsmitglied des ersten Roma-Vereins in Sachsen (Romano Sumnal e.V.). An der Zusammensetzung dieser Akteur_innen spiegelt sich nicht nur die Diversität der gegenwärtigen Leipziger Stadtgesellschaft wider, sie bringt auch unterschiedliche (Betroffenen-) Perspektiven in die Diskussion mit ein. Schnell war den Beteiligten daher klar, dass eine allein denkmalkünstlerische Gestaltung der vielschichtigen Geschichte der Riebeckstraße 63 nicht gerecht werden kann. Der Beratungskreis tritt vielmehr für ein Nutzungskonzept als partizipativem Lern- und Gedenkort ein, der ein offenes Archiv, Seminar- und Veranstaltungsräumlichkeiten sowie eine Ausstellungsfläche umfasst.

• Im März 2019 wird ein zweitägiges öffentliches Symposium stattfinden, bei dem Wissenschaftler_innen am historischen Ort Forschungsergebnisse zur Geschichte der Riebeckstraße 63 sowie Gedenkkonzepte vergleichbarer historischer Orte vorstellen und diskutieren. Weitere Informationen finden Sie in Kürze auf unserer Homepage <https://zwangsarbeit-in-leipzig.de>.

Das Schicksal eines französischen Zwangsarbeiters in Leipzig-Gohlis

Alexander Schwerdtfeger-Klaus



↑ Gedenkplatte der verstorbenen Zwangsarbeiter in Zöschen
(Bild: Alexander Schwerdtfeger-Klaus)

Die Ausarbeitung meines Stadtteilrundgangs in Leipzig-Gohlis war verbunden mit einer Spurensuche insbesondere anhand von Einzelbiografien und -schicksalen.¹ Dabei blieben unter anderem bei der Aufarbeitung des Schicksals eines französischen Zwangsarbeiters bis heute viele Fragen offen.

Es handelt sich um René Largente. Er wurde 1921 in Toulouse geboren.² Unter welchen Umständen er nach Deutschland gekommen war und Zwangsarbeit leisten musste, konnte bislang nicht nachvollzogen werden. René Largente war aber spätestens seit dem 5. Juli 1943 bei der Firma Krupp in Magdeburg-Buckau als Zwangsarbeiter in dem dortigen Grusonwerk eingesetzt, wo Panzerwagen und Sturmgeschütze produziert wurden. Er war Monteur und wahrscheinlich in der Produktion dieser Rüstungsgüter bis Anfang Oktober tätig.³

Seit dem 12. Oktober 1943 war René Largenté bei der Firma Nitzsche GmbH in Leipzig-Gohlis beschäftigt.⁴ Der Sitz der Firma war in der Eisenacher Straße 72, im sogenannten Karlishof. Johannes Nitzsche hatte 1903 die Johannes Nitzsche AG, die ursprünglich Kinematographen herstellte, und die Filmhaus Nitzsche AG, die Filme verlieh, gegründet. Beide Firmenzweige fusionierten 1925 zur Nitzsche AG. Der Firmenchef Johannes Nitzsche musste die Firma 1933 verkaufen und wurde 1935 entlassen. Seit dem Verkauf spezialisierte sich die Nitzsche AG auf die Herstellung und den Vertrieb von feinmechanischen und optischen Geräten. Unter anderem wurden Kompass für U-Boote produziert.⁵

René Largente war in Leipzig zunächst in einem Gemeinschaftslager der Deutschen Arbeitsfront (DAF) auf dem „Alten Meßplatz“ untergebracht. In diesem Barackenlager, das sich am Standort der heutigen ARENA befand, lebten schätzungsweise bis zu 5.000 Menschen. Damit war es eines der größten innerstädtischen Zwangsarbeitslager in Leipzig. Das Lager wurde bei einem Fliegerangriff am 4. Dezember 1943 teilweise zerstört und mit ihm das persönliche Hab und Gut René Largentés im Wert

von 450 RM. Seine Armbanduhr im Wert von 150 RM befand sich zu diesem Zeitpunkt bei einem Uhrmachermeister in der Humboldtstraße zur Reparatur und verbrannte während des Angriffs. Der Schaden wurde René Largente ersetzt und die Summen in Abschlägen an ihn ausgezahlt. Nach der Zerstörung seiner Unterkunft am „Alten Meßplatz“ kam er in dem Betriebslager der Firma Nitzsche AG in der Luisenstraße, der heutigen Mottlerstraße 22 unter. Diese Unterkunft lag in unmittelbarer Nähe zum Betriebsgelände in der Eisenacher Straße.⁶ Ein weiteres Betriebslager der Firma befand sich ebenfalls nicht weit entfernt in der Gothaer Straße 9. Dieses Gebäude war bereits 1941 zugunsten der Unterbringung von Arbeitskräften der Nitzsche AG beschlagnahmt worden.⁷

In einem „Fragebogen – Betr.: Nachforschung der deutschen Behörden und Organe über Bürger der Vereinten Nationen gemäß Befehl Nr. 163 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 7. Dezember 1945“ bestätigten Vertreter der Nitzsche GmbH, dass René Largente bis zum 22.12.1944 bei der Firma „beschäftigt“ war und am gleichen Tag verstarb. Über die Ursache des Todes und den Begräbnisort wurden keine Angaben gemacht.⁸ Aus dem Gefangenenbuch eines Lagers in Zöschen bei Merseburg geht allerdings hervor, dass René Largente dort am 23.12.1944 infolge einer Herzmuskelschwäche verstarb. Er wurde auf dem Auefriedhof in Grab Nr. 208 beigesetzt.⁹

In Zöschen wurde seit August 1944 ein Arbeitserziehungslager (AEL) als Ersatz für das im Juli bei Bombardierungen zerstörte AEL Spergau, das in der Nähe der Leuna-Werke lag, errichtet.¹⁰ Arbeitserziehungslager wurden im Nationalsozialismus von der Gestapo als Straf- und Disziplinierungslager eingerichtet. Der größte Teil der Häftlinge waren Zwangsarbeiter_innen aus verschiedenen Betrieben, die „arbeitsvertragsbrüchig“ geworden waren, also Fluchtversuche unternommen hatten oder der „Bummelei“ oder Sabotage beschuldigt worden waren. In den Lagern herrschten KZ-ähnliche Bedingungen. Die Haftdauer durfte nicht mehr als 56

¹ Vgl. dazu das grundsätzliche Vorgehen zur Ausarbeitung des Stadtteilrundgangs bei: Klaus, Alexander: Ein neuer Stadtteilrundgang: Zwangsarbeit in Gohlis – Spuren und Zugänge, in: Newsletter des Fördervereins „Dr. Margarete Blank e.V.“ 6 (2018), S. 17–18.

2 Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 2.2.2.1 / 73329902/03.

3 Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 2.1.4.2 / 70980023.

4 Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 2.2.2.1 / 73329902/03.

5 Siehe zur Geschichte der Nitzsche AG das Vorwort zur Bestandsbeschreibung im sächsischen Staatsarchiv Leipzig: <http://archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?o id=09.11&bestandid=20892#geschichte> [letzter Zugriff 25.09.2018].

6 Siehe Stadtarchiv Leipzig (StA L), AfK (Amt für Kriegssachschäden), Nr. 1853 Blatt 31 bis 35R.

7 Siehe StA L, Kap. 6, Nr. 68, Bh 7, Blatt 2ff. und siehe <http://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/84290/1396/> [letzter Zugriff 25.09.2018].

8 Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 2.2.2.1 / 73329902/03.

9 Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 2.1.4.2 / 70993039 und Nr. 1.2.2.1 / 12042836/ 37

10 Pabst, Martin: Und ihr wollt nichts gehört noch gesehen haben?! – Die Chronik des Arbeitserziehungslager Zöschen vom Juli 1944 bis zum April 1945 – Dokument und Augenzeugenberichte, 1. Auflage, Halle (Saale) 2000, S. 44–49.

Tage betragen und die Zwangsarbeiter_innen sollten danach zur Arbeit in ihre Betriebe zurückgeschickt werden.¹¹

Im AEL Zöschen herrschten unhaltbare Arbeits-, Lebens- und Hygieneumstände. Die Häftlinge mussten zum Teil in Zelten leben, lange Fußmärsche zu ihren Arbeitsorten zurücklegen und bis zu zwölf Stunden täglich arbeiten. Bei stundenlangen Zählappellen am Abend und am Morgen unter freiem Himmel und durch schlechte Verpflegung sollte ihre Moral zusätzlich gebrochen werden. Im Herbst 1944 verschlechterten sich die Lebensbedingungen aufgrund des kälteren Wetters noch weiter, weshalb die Zahl der verstorbenen Häftlinge in die Höhe schnellte.¹² Sie wurden vom AEL zum nördlich von Zöschen gelegenen Auefriedhof mit einem Karren transportiert, der von Pferden oder Ochsen gezogen wurde. Anfangs wurden die Toten in Särgen beerdigt, später aus Särgen in ihre Gräber gekippt, und als täglich noch mehr Häftlinge verstarben, wurden sie ohne Särge verbracht und beigesetzt.¹³ Am 15. April 1945 wurde das AEL Zöschen durch US-amerikanische Truppen befreit. Die SS-Wachmannschaften waren tags zuvor mit den verbliebenen und verlegfähigen Häftlingen in Richtung Leipzig geflohen. Während des Marsches wurden die Zwangsarbeiter angeblich nach und nach freigelassen. Bis zur Befreiung des AEL Zöschen verstarben mindestens 517 Häftlinge aus fast zwanzig verschiedenen Ländern in dem Lager.¹⁴

Unter ihnen war René Largente, der am 23.12.1944 dort verstarb, wie die Mehrzahl der Quellen belegte. Die Angaben der Vertreter der Nitzsche GmbH in dem „Fragebogen“ entsprachen wissentlich oder unwissentlich nicht der Wahrheit. Obwohl René Largente angeblich bis zu seinem Tod bei Firma gearbeitet haben soll, scheint es unglaublich, dass keiner der Firmenvertreter wusste, weshalb er starb oder wo er begraben wurde. Unwahrscheinlich ist, dass René Largent's Leichnam von Leip-

zig nach Zöschen verbracht und lediglich dort beigesetzt wurde. Dagegen spricht allein schon, dass er als Gefangener in dem Buch aufgeführt wurde.¹⁵ Verstorbene Leipziger Zwangsarbeiter_innen wurden außerdem in der Regel auf den Leipziger Stadtfriedhöfen beerdigt.¹⁶ Es stellen sich also die Fragen wann und warum René Largente in das Arbeitserziehungslager nach Zöschen gekommen war. Hatte er sich in den Augen der Nazis eine Verfehlung zu Schulden kommen lassen? Um welche Verfehlung hatte es sich gehandelt? Wann war er in das Lager gekommen? Wie lange hatte er dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen? Diese und mehr Fragen bleiben bislang unbeantwortet.

René Largente war unverheiratet und verstarb im Alter von 23 Jahren nicht in seiner Heimat Frankreich in Toulouse, sondern im weit entfernten Zöschen. Ob, wann und wie Angehörige von seinem Tod erfuhren, ist ungewiss. Lediglich sein Name auf einer Gedenktafel erinnert noch an ihn und das Schicksal seiner Mithäftlinge als Zwangsarbeiter in Deutschland.

11 Vgl. dazu den „Erlass zur Errichtung von Arbeitserziehungslagern“ vom 28. Mai 1941, abgedruckt bei: Pabst, Martin: Der Tod ist ein täglicher Gast – Holländische Geiseln und Widerstandskämpfer 1944/45 in den Arbeitserziehungslagern Zöschen, Schafstädt und Ammendorf/ Osendorf – Augenzeugenberichte holländischer Häftlinge und deutscher Anwohner, Dokumente aus Merseburger Archiven, erw. und korrig. Nachdr. 2007, Norderstedt 2007, S. 114–121.

12 Vgl. Pabst, 2000, S. 62–63.

13 Vgl. Pabst, 2000, S. 53–54.

14 Vgl. Pabst, 2000, S. 86–90.

15 In dem Auszug aus dem Gefangenenbuch wurde der 23.12.1944 als Todestag ebenso angegeben, wie in einer „Liste für Bürger anderer Vereinter Nationen, die in der Kriegsperiode (1939–1949) umgekommen und auf deutschem Territorium begraben sind.“ Der Listeneintrag bezog sich auf eine Beurkundung des Standesamts Zöschen. Siehe ITS Archives Bad Arolsen Nr. 1.2.2.1 / 12042836/ 372 und Nr. 1.4.2 / 70993039.

16 Z.B. auf dem Ostfriedhof. Siehe <https://sterben-leipzig.de/ostfriedhof/> [letzter Zugriff 25.09.2018].

Verschleppt, entrechtet und ausgebeutet:

Die sogenannten Ostarbeiter im Raum Leipzig 1939 bis 1945

Yuliya Komarynets



← Seit dem „Ostarbeitererlass“ vom Februar 1942 unterlagen sowjetische Zwangsarbeiter_innen einer Kennzeichnungspflicht. Ein Abzeichen mit der Aufschrift „OST“ musste gut sichtbar auf jedem Kleidungsstück befestigt werden.

Bild: DHM Berlin

Die nationalsozialistische Zwangsarbeit ist das größte Zwangsarbeits-System der Geschichte – und ein ausgeklügeltes System ohnegleichen. Trotz des immensen Ausmaßes und der Allgegenwärtigkeit der Zwangsarbeit im Deutschen Reich blieb dieses Gebiet der NS-Forschung lange Zeit weitestgehend unbeachtet. Auf dem Höhepunkt des „Ausländereinsatzes“ im August 1944 arbeiteten allein im Deutschen Reich ca. 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte, davon mindestens 3 Millionen sogenannte Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter¹. Der Einsatz von sowjetischen Zwangsarbeiter_innen ist bis heute noch nicht detailliert genug erforscht. In Rahmen meiner Bachelorarbeit beschäftigte ich mich deshalb mit den sogenannten Ostarbeitern im Raum Leipzig während des Zweiten Weltkrieges.

Im April 1943 waren in Leipzig insgesamt 46.389 Zwangsarbeiter_innen verzeichnet. Mit einer Gesamtzahl von 20.362 Arbeiter_innen bildeten Polen (8.991) und Ostarbeiter (11.371) die mit Abstand größte Gruppe. Besonders auffällig ist außerdem, dass weitaus mehr Ostarbeiterinnen (6.699 Frauen) als Ostarbeiter (4.673 Männer) in Leipzig zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Der Anteil an männlichen Arbeitskräften anderer Nationen lag bei 71 Prozent und an weiblichen bei 29 Prozent.² Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter wurden vor allem in der Braunkohle- oder Metallindustrie, in der Landwirtschaft und ab 1943 mit den zunehmenden Luftangriffen zur Beseitigung der Kriegsschäden eingesetzt. Wie einige Dokumente aus dem Stadtarchiv belegen, waren unter den Ostarbeitern die größten Opferzahlen der Luftangriffe zu vermerken. Für die Beseitigung der Schäden vom Luftangriff vom 29. Mai 1944

wurden 580 ausländische Zivilarbeiter angefordert, darunter 480 Ostarbeiter³.

Es wurde meistens der Versuch unternommen, Zwangsarbeiter_innen möglichst getrennt nach ihrer Nationalität unterzubringen. So gab es in Leipzig mindestens acht Lager, wo explizit Ostarbeiterinnen oder Ostarbeiter untergebracht waren. Die Lager tragen solche Bezeichnungen wie „Ostarbeiterlager“, „Ostarbeiterinnenlager“, „Ukrainenlager“ oder „Russenviertel“. Die Barackenlager waren dabei von Stacheldraht umzäunt und chronisch überfüllt. Die schlechte Ausstattung sowie die mangelhafte Hygiene führten zum Ausbruch von schnell übertragbaren Krankheiten wie Tuberkulose, die unter Ostarbeitern besonders weit verbreitet war.

Die in Leipzig eingesetzten Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter hatten eine Arbeitswoche von durchschnittlich 70 Stunden oder mehr. Zudem mussten Ostarbeiterinnen am Sonntag – ihrem einzigen freien Tag – in deutschen Privathaushalten (unentgeltlich) aushelfen. Der Alltag der Ostarbeiter in Leipzig unterlag einer völligen Reglementierung und Schikanen. Neben der Isolation war ihnen beispielsweise der Besitz eigener Bettwäsche verboten, ebenso das Verlassen der Arbeitsstätte oder der Baracke. Ihr Leben spielte sich also stärker als bei den anderen Ausländergruppen im Lager ab. Ab 1941 wurde die Moritzstraße zum zentralen Aufenthaltsort für Zwangsarbeiter in Leipzig. Dort gab es ein Bordell für Westarbeiter, die Möglichkeit zum Schwarzhandel oder diverse Freizeitaktivitäten. Diese waren jedoch den Ostarbeitern verwehrt.

Die schlechte gesundheitliche Versorgung, einhergehend mit der miserablen Verpflegung, Unterbringung sowie Ausstattung der Barackenlager bestätigte in der Praxis den eindeutigen Zusammenhang mit den hohen Todeszahlen unter Ostarbeitern. Die Leipziger Krankenhäuser, wie das Krankenhaus St. Georg, waren nur unter großem Widerstand bereit, ausländische Patient_innen

¹ Der Begriff „Ostarbeiterin“ bzw. „Ostarbeiter“ ist eine nationalsozialistische Bezeichnung für jene zivilen Zwangsarbeiter_innen, die ab den 22. Juni 1941 aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion stammen.

² Vgl. Mai, Andreas: „Haltet Abstand von den Ausländern!“ NS-Ideologie und Lebenswelten von ausländischen Arbeitskräften in Nordwestsachsen, S.30. In: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945. Halle (Saale)/Dresden 2002.

³ Vgl. StadtAL, Kap. 72 Nr. 120 Bd. 42.



↑ Niederländische Zwangsarbeiter und „Ostarbeiterinnen“ auf dem Gelände der HASAG, 1943 (Bild: GfZL)

aufzunehmen. Das Krankenhaus war viel eher darauf aus, Krankenbaracken mit ausländischen Ärzten außerhalb des Krankenhauses einzurichten, um Ausländer von der deutschen Bevölkerung zu isolieren. Ähnlich wie Ostarbeiter, mussten auch die sowjetischen Ärzte als solche erkennbar sein. Für sie war eine in der Farbe des Kennzeichens „OST“ (blau) gehaltene Armbinde mit der Aufschrift „Ostarzt“ Pflicht.

Kennzeichnend für den Leipziger Raum ist der Einsatz besonders von Ostarbeiterinnen. Laut den Angaben der Leipziger Firma Rudolph Sack lag die Leistung von Ostarbeiterinnen um 20 Prozent über der Leistung einer deutschen Frau.⁴ Am 11. März 1943 erließ der Reichsführer SS Heinrich Himmler zudem eine Verfügung, die (Zwangs-) Schwangerschaftsabbrüche bei Ostarbeiterinnen legalisierte.⁵ Nach einer Entbindung mussten Ostarbeiterinnen sofort wieder arbeiten, polnische und andere ausländische Arbeiterinnen hatten hingegen

⁴ Vgl. Reiche, Brigitte: Zur medizinischen Betreuung und sozialen Lage der im Raum Leipzig während des Zweiten Weltkrieges eingesetzten ausländischen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge, Wiss. Diss. Leipzig 1990, S. 112.

⁵ Vgl. ebd. S.113.

einen – wenn auch gekürzten – Mindestschutz. Charakteristisch ist ebenfalls der Einsatz von „hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen“ in privaten Haushalten, um die deutschen Hausfrauen weitgehend zu entlasten.

Der Einsatz von Zwangsarbeiter_innen in Leipzig war allgegenwärtig und ermöglichte Leipziger Unternehmen wie der HASAG ein immenses wirtschaftliches Wachstum. Anhand der Stadt Leipzig bzw. des Leipziger Raumes lässt sich, wenn auch an manchen Stellen nur oberflächlich, dennoch aber auch stellvertretend für andere Städte im Reich, die Bedeutung der sogenannten Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter ableiten. Sie waren die mit Abstand größte Zwangsarbeiter_innengruppe und somit von immenser kriegswirtschaftlicher Bedeutung.

Vom Bauantrag zum Barackenlager – Sichtbarkeit von Zwangsarbeit im Leipziger Westen

Emanuel Feuerriegel



↑ Blick auf das heutige Gewerbegebiet aus
der Saarländer Straße, früher Diezmannstraße
(Bild: Emanuel Feuerriegel)

Der Leipziger Westen erfreut sich seit einigen Jahren immer größerer Beliebtheit. Die verschiedenen Stadtteile bieten – vor allem durch ihre von der Industrialisierung geprägte Architektur, die bislang erschwinglichen Mieten und eine gewisse Authentizität – ein Traumland für die vielerorts beschworenen und immer wieder bedrohten „Freiräume“. Jedoch werden in Regelmäßigkeit neu erschlossene Räume enthistorisiert und erhalten ihre Geschichte erst durch ebenjene Neubelebung. Weil aber der Leipziger Westen zum ehemals bedeutenden urbanen Industriestandort im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zählte, ist eine Geschichtserzählung ohne die Zeit und den Geist der Industrialisierung und deren Fortschreiten sowie ihre Folgen – vor allem im Nationalsozialismus – nicht möglich. Die imposanten Fabriken dienten in der Zeit 1933–1945 zum größten Teil der kriegswichtigen Produktion der Rüstungsindustrie und zwangen Tausende Menschen zur Arbeit.

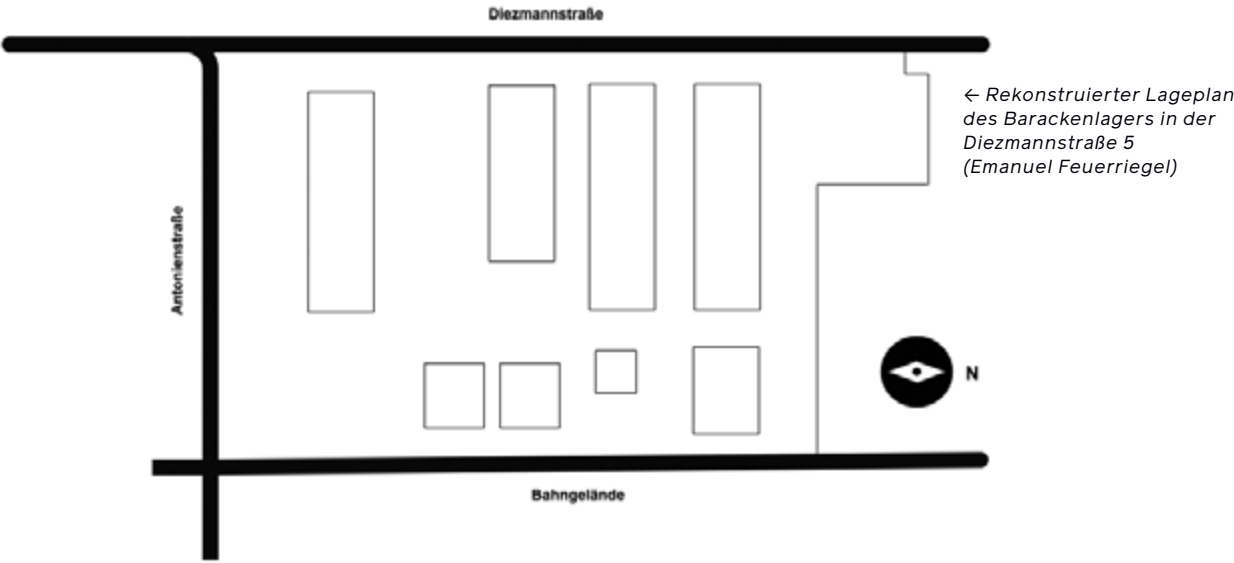
Die folgende Betrachtung beschäftigt sich mit der Errichtung eines Barackenlagers für die Unterbringung von Zwangsarbeiter_innen der Firma Gebrüder Brehmer an der Antonienstraße, Ecke Diezmannstraße.¹ Bei dem für die Errichtung verantwortlichen Unternehmen handelte es sich um einen Betrieb, der zunächst im polygraphischen Maschinenbau tätig war und seit Ende des 19. Jahrhunderts Buchheftmaschinen herstellte. Ihren Sitz hatte die Firma auf der Karl-Heine-Straße 107-111. Das annähernd komplett erhaltene Areal beherbergt heute zahlreiche Unternehmen. Während des Zweiten Weltkriegs konzentrierte sich die Firma wie auch schon im Ersten Weltkrieg auf Rüstungsproduktion, und die Herstellung von Heftmaschinen geriet in den Hintergrund. Die Umstellung auf eine umfangreiche Rüstungsproduktion (u.a. Granatzünder) verdoppelte die Anzahl der Arbeiter_innen gegenüber den 1920er Jahren. Unter ihnen befanden sich zahlreiche ausländische Zwangsarbeiter_innen aus Belgien, Italien, Frankreich und der Sowjetunion.²

Anhand von Archivalien – vor allem Firmenkorrespondenz – aus dem Staatsarchiv Leipzig lässt sich die Genese des firmeneigenen Barackenlagers chronologisch skizzieren und bietet zudem einen Einblick in die Lebensrealität der Zwangsarbeiter_innen. Erste Evidenz für den Sachverhalt bildet ein Schreiben vom Baupolizeiamt im Februar 1941, in dem die Firma die Behörde von ihren Plänen in Kenntnis setzte, das Flurstück Diezmannstraße / Ecke Antonienstraße mit einem Fabrikgebäude sowie Lagerschuppen, Wohnhaus, Holzschuppen und Pfortnerhaus zu bebauen. Das Baupolizeiamt erklärte, dass die rechtlichen Grundlagen für die Bebauung in diesem Maß nicht gegeben seien. Am Ende der Erläuterung seitens der Behörde findet sich ein Hinweis, dass die „Nutzung des Geländes für gewerbliche Zwecke in nicht belästigendem Umfang“ gestattet wird. Zudem ist ersichtlich, dass Art und Umfang dieser „alternativen Nutzung“ bereits zu diesem Zeitpunkt mit dem Architekten, Regierungsbaumeister Franke, abgestimmt waren.³

Aus der nachfolgenden Korrespondenz des Architekten mit dem Baurat der Stadt Leipzig im Juni 1941 geht hervor, dass die Firma für die Unterbringung von „italienischen Arbeitskräften“ eine Baracke errichten musste, für deren Aufstellung es zu diesem Zeitpunkt noch keinen genehmigten Standort gab.⁴ Die Firma argumentierte gegenüber dem Baupolizeiamt, dass sie „behördlicherseits gezwungen“ worden war weitere ausländische Arbeiter aufzunehmen und diese auch unterzubringen. Anschließend bat sie um eine Baugenehmigung für Baracken auf dem oben genannten Flurstück Diezmann-/ Ecke Antonienstraße.⁵ Die Zusage zur Bebauung erfolgte, und das Grundstück wurde Barackenlager – und somit nicht als Produktions- und Fabrikgelände – umfunktioniert. Vorerst mit zwei Wohnbaracken, einer Waschbaracke sowie einer Abortbaracke versehen⁶,

¹ Heute heißt dieser Teil der Diezmannstraße, der sich nördlich der Antonienstraße befand, Saarländer Straße. Auf dem Gelände befindet sich ein Gewerbegebiet.
² Vgl. Kettlitz, Eberhardt, 125 Jahre Drahtheften aus Leipzig, Heidelberg 2004, S. 38-39.

³ Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20825 VEB Falz- und Heftmaschinenwerk Leipzig, Nr. 494, 18.2.1941.
⁴ Vgl. StA, StAL, 20825 VEB Falz- und Heftmaschinenwerk Leipzig, Nr. 494, 04.06.1941.
⁵ Vgl. ebd. 15.07.1941
⁶ Vgl. StA, StAL, 20825 VEB Falz- und Heftmaschinenwerk Leipzig, Nr. 494, 04.09.1941.



kam alsbald eine weitere Wohnbaracke hinzu.⁷ In der zweiten Jahreshälfte 1942 befanden sich nunmehr 3 Wohnbaracken auf dem Grundstück⁸, und eine weitere sollte gebaut werden. Die Baubehörde verfügte, dass diese Baracke nach Kriegsende wieder abgebaut werden müsse und einen Tarnanstrich zu erhalten habe⁹ um sie vor Luftangriffen zu schützen. Ein „Sachstandsbericht“ vom 04.11.1942 offenbarte erstmals wie viele Menschen sich im Barackenlager befanden – laut Aussage der Firma lebten zu diesem Zeitpunkt „108 männl. Russen“ auf dem Grundstück Diezmann- / Ecke Antonienstraße.¹⁰ Kurz darauf wurden der Firma vom Arbeitsamt Leipzig „100 Ostarbeiterinnen“ zugewiesen und eine weitere Baracke für sie errichtet.¹¹ Einen weiteren Einblick in die Lebensumstände der Zwangsarbeiter_innen gewährt der Umstand, dass für die nunmehr 300 Menschen im Barackenlager nicht genug sanitäre Anlagen bereit standen und wiederum eine weitere Baracke zu diesem Zweck von der Deutschen Arbeitsfront angefordert wurde.¹² Auf chauvinistische Weise referierte Prof. Dr. Dresel – vermutlich Amtsarzt – im Mai 1943 über die dreckigen und widrigen Verhältnisse des Sanitätsbereiches und der einzelnen „Zimmer“ auf der Diezmannstraße. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich „267 russische und ukrainische Frauen“ im Lager. Seinen Bemerkungen zu den Arzträumen des Barackenlagers fügt er hinzu, dass „eine Entbindung so gut wie unmöglich einwandfrei durchzuführen sei“. ¹³ Somit ist anzunehmen, dass Geburten im Barackenlager und unter Zwangsarbeiter_innen zur Tagesordnung gehörten, und das obwohl das

Lager in der Diezmannstraße zu diesem Zeitpunkt nur über eine provisorische Küche verfügte.¹⁴

Dieser kurze Überblick soll die unmenschlichen Umstände, unter denen die Zwangsarbeiter_innen leben mussten, verdeutlichen. Hervorzuheben ist, dass hier nur der Teil des Zwangsarbeitsalltags widerspiegelt werden kann, der sich außerhalb der Arbeit im Lager abspielte. Unerwähnt bleiben in dieser Darstellung beispielsweise die psychischen sowie physischen Erniedrigungen und die entsetzlichen Arbeitsbedingungen in der Produktionsstätte. Zudem kann eine Sichtbarkeit und Gegenwärtigkeit von Zwangsarbeit im städtischen Raum abgeleitet werden. Da sich das Barackenlager in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten befand, bewacht wurde und alle Zwangsarbeiter_innen sich tagtäglich nach der Arbeit dort einfinden mussten, blieben die Massen von Zwangsarbeiter_innen nicht unsichtbar, denn die Unterbringung fand nicht hermetisch abgeriegelt und versteckt hinter den Fabrikmauern der Firma Gebrüder Brehmer statt. Auf der anderen Seite steht der Handlungsspielraum der Firma. Ihre Suche nach einem geeigneten Flurstück für ein Fabrikgebäude endete womöglich mit der lukrativen Aussicht auf Existenzsicherung durch den Profit des Zwangsarbeitseinsatzes und der Umstellung auf Rüstungsproduktion. Die Firma entschied sich aktiv dazu, ihr Flurstück auf der Diezmann- / Ecke Antonienstraße als Barackenlager zu nutzen, denn nicht zufällig befanden sich auch in unmittelbarer Nähe zahlreiche solcher Barackenlager für Tausende Zwangsarbeiter_innen der Firmen des Leipziger Westens.

⁷ Vgl. ebd. 09.12.1941.

⁸ Vgl. ebd. 20.06.1942.

⁹ Vgl. StA, StAL, 20825 VEB Falz- und Heftmaschinenwerk Leipzig, Nr. 497, 13.08.1942.

¹⁰ Vgl. ebd. 04.11.1942.

¹¹ Vgl. ebd. 28.11.1942.

¹² Vgl. ebd. 08.12.1942.

¹³ Vgl. ebd. 11.05.1943.

¹⁴ Vgl. ebd. 17.06.1943.

Weibliche Täterschaft in Leipzig.

Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu den ehemaligen Aufseherinnen des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“

AG „Aufseherinnen des Außenlagers „HASAG Leipzig“



← Seitenansicht des ehemaligen KZ-Gebäudes in der Kamenzer Straße
(Bild: GfZL)

Im Juni 1944 errichtete der Leipziger Rüstungskonzern Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG) in Leipzig-Schönefeld das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“. Die in diesem Lager etwa 5.000 inhaftierten Frauen und Mädchen mussten bis April 1945 schwerste Zwangsarbeit auf dem angrenzenden Firmengelände der HASAG leisten. Für die Bewachung der weiblichen Häftlinge im Lager

und bei der Arbeit wurden deutsche Frauen eingesetzt. Die Ausbildung dieser KZ-Aufseherinnen erfolgte im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Nach einem kurzen Lehrgang traten die Frauen ihren Dienst in Leipzig oder in einem der unzähligen anderen Frauen-KZ-Außenlager an.

Bisher gibt es nur eine Forschungsarbeit, die sich explizit mit den ehemaligen Aufseherinnen des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“ auseinandersetzt. Felicia Karay, selbst ehemaliger Häftling in dem Außenlager, widmet sich in ihrem 2001 erschienenen Buch „Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenaußenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich“ an mehreren Stellen den Aufseherinnen des Lagers. Da der Fokus ihrer Arbeit jedoch auf dem Alltag und den Lebensbedingungen der Häftlinge liegt, thematisiert sie vor allem die von den Aufseherinnen begangenen (Gewalt)Handlungen.¹

In den vergangenen Jahren wuchs in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig das Interesse, sich intensiver mit den ehemaligen Aufseherinnen auseinanderzusetzen. Dabei zeigte sich, dass weder bekannt war, wie viele Aufseherinnen in diesem Außenlager insgesamt zum Einsatz kamen, noch wirklich Kenntnisse zu ihren Biografien und Hintergründen vorlagen: Wie alt waren die Frauen, über welche Ausbildung verfügten sie, und woher kamen sie? Entschieden sie sich freiwillig für den Dienst als KZ-Aufseherin, oder wurden sie zum Dienst verpflichtet? Wurden sie nach 1945 für ihre Tätigkeit bestraft und wenn ja, durch wen und wann?²

Um die oben beschriebene Forschungslücke zu schließen, gründeten wir, eine kleine Gruppe bestehend aus Haupt- und Ehrenamtlichen der Gedenkstätte, Ende 2017 eine Arbeitsgruppe (AG). Im Folgenden geben wir einen kleinen Einblick in unser Forschungsprojekt und stellen einige unserer bisherigen Ergebnisse vor.

Ziele und Arbeitsschritte 2017/ 2018

Ein vorläufiges Ziel der AG besteht darin, möglichst viele Informationen über die im Zeitraum von Juni 1944 bis April 1945 im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ eingesetzten Aufseherinnen zu sammeln und ihre Biografien zu rekonstruieren. Dadurch sollen Aussagen bezüglich Alter, Herkunft, Bildungsstand, Rekrutierungsformen und Strafverfolgung getroffen werden können. Zu die-

1 Darüber hinaus gibt es Projekte, in denen auch ehemalige Aufseherinnen des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“ behandelt werden, deren Fokus allerdings auf anderen KZ-Außenlagern bzw. Einsatzträgern liegt. Vgl. dazu Lavern Wolfram: Der Arado-Prozess 1949. Eines der letzten deutschen Gerichtsverfahren gegen ehemalige SS-Aufseherinnen in der Sowjetischen Besetzungszone. In: Simone Erpel (Hrsg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007, S. 187ff.

2 Für eine weiterführende Auseinandersetzung empfehlen wir u.a. Simone Erpel (Hrsg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück: Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007.

sem Zweck wurde eine Datenbank angelegt, in der alle Aufseherinnen, die in diesem Zeitraum im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ tätig waren, mit allen zu ihnen vorliegenden biografischen Informationen erfasst werden.

Dazu wurden zunächst alle uns bereits vorliegenden Kopien historischer Dokumente aus anderen Archiven gesichtet und ausgewertet. Die von Vereinsmitgliedern in den vergangenen Jahren recherchierten Dokumente aus u.a. dem Bundesarchiv, der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BstU) und dem National Archives and Records Administration (NARA) waren bisher nicht systematisch und aufeinander bezogen ausgewertet worden. 2018 unternahm die AG zudem Recherchen in lokalen und überregionalen Archiven, darunter die Archive der Gedenkstätten Buchenwald und Ravensbrück sowie das Sächsische Staatsarchiv in Leipzig.

Generell gestalten sich die Recherchen zu den ehemaligen Aufseherinnen als relativ umfangreich. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Akten in unterschiedlichen Archiven im gesamten Bundesgebiet oder zum Teil auch im Ausland aufbewahrt werden. Zum anderen haben viele der Frauen im Verlauf der Zeit durch Heirat einen anderen Nachnamen angenommen, wodurch personenbezogene Recherchen teilweise erschwert werden. Hinzu kommt, dass das Firmenarchiv der HASAG heute nicht mehr existiert. Ein Rückgriff auf Personalakten oder Hinweise, welche Frauen aus der weiblichen Belegschaft der HASAG für den Dienst im KZ rekrutiert wurden, ist daher nicht möglich.

Erste Ergebnisse

Das zentrale Ergebnis unserer bisheriger Arbeit ist eine Datenbank, die die Namen von insgesamt 108 Frauen umfasst, auf die wir im Rahmen unserer Archivrecherchen zu ehemaligen Aufseherinnen im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ gestoßen sind. Für 86 von ihnen konnten wir bisher ausreichend Nachweise in den Quellen finden, dass sie tatsächlich in diesem Außenlager ihren Dienst taten.

Für den Großteil der Frauen liegen uns neben ihrem Geburtsdatum Angaben über den Zeitraum vor, in dem sie als KZ-Aufseherinnen tätig waren.³ Dabei zeigt sich, dass einige der Frauen nur wenige Wochen, andere hingegen mehrere Jahre als Aufseherin arbeiteten. Zudem

3 Die Ausbildung der Aufseherinnen erfolgte im KZ Ravensbrück, ebenso wie die Lohnzahlungen. Die Einsatzzeiten lassen sich anhand von Sparkassenlisten der Sparkasse Fürstenberg rekonstruieren. Auf diesen Listen sind die ersten und die letzten Einzahlungen eingetragen. MGR/SBG, SlgBu/39, Bericht 893.

stellte sich heraus, dass mehrere Frauen nicht nur in Leipzig, sondern darüber hinaus in mindestens einem weiteren Konzentrations- oder KZ-Außenlager eingesetzt wurden.

Für insgesamt zwölf Frauen konnten wir bisher Nachweise finden, dass diese nach 1945 zeitweise inhaftiert waren, gegen sie ermittelt wurde und/ oder sie im Rahmen von Strafprozessen verurteilt bzw. freigesprochen wurden. Darunter sind einige Frauen, deren Anklage und Verurteilung Bestandteil von Ermittlungen gegen Aufseherinnen anderer Einsatzträger als der HASAG waren. So wurde die ehemalige Aufseherin Elfriede B., die im März 1945 zur HASAG nach Leipzig versetzt worden war, 1949 im Zuge des sogenannten Arado-Prozesses⁴ zu vier Monaten Haft verurteilt. Das Verfahren richtete sich gegen ehemalige Aufseherinnen des KZ-Außenlagers der Arado-Flugzeugwerke GmbH⁵ in Wittenberg. Ob, gegen welche und wieviele der uns aktuell bekannten Aufseherinnen explizit aufgrund ihrer Tätigkeit im Außenlager „HASAG Leipzig“ ermittelt wurde, gilt es noch zu klären.

Es sind vor allem die Protokolle aus Vernehmungen und Prozessunterlagen nach 1945, die sich im Rahmen unserer bisherigen Recherchen als hilfreiche Quelle bei der Rekonstruktion von Biografien erwiesen haben. Folglich sind es vor allem diese Fälle, für die uns neben den Geburtsdaten weiterführende Informationen bezüglich der Herkunft, Ausbildung, Rekrutierung sowie des Weggangs nach 1945 vorliegen. Aktuell werden die Biografien von diesen Frauen ausgearbeitet und weitere personenbezogene Archivrecherchen unternommen.

Eine vorläufige Auswertung zeigt, dass die ausgewählten Fälle Gemeinsamkeiten u.a. bezüglich ihres Alters, ihres Bildungsstandes sowie der Rekrutierungsform aufweisen. Sie alle waren Anfang zwanzig, hatten in der Regel acht Jahre lang die Volksschule besucht und waren vor ihrem Einsatz als KZ-Aufseherin für einen Rüstungs- oder entsprechenden Zulieferbetrieb (z.B. Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft mbH, Rheinmetall-Borsig AG, Opta Radio AG) tätig, durch den sie dann meist auch für den Dienst im KZ rekrutiert wurden. Diese und weitere Ergebnisse gilt es noch mit denen anderer Stu-

4 Vgl. dazu Lavern Wolfram: Der Arado-Prozess 1949. Eines der letzten deutschen Gerichtsverfahren gegen ehemalige SS-Aufseherinnen in der Sowjetischen Besetzungszone. In: Simone Erpel (Hrsg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007, S. 187ff.

5 Im August 1944 errichtete die Arado-Flugzeugwerke GmbH in Wittenberg ein KZ-Außenlager. Für die Bewachung der etwa 1.250 weiblichen Häftlinge wurden u.a. Frauen aus der Belegschaft des Betriebes rekrutiert.

dien abzugleichen sowie zeithistorisch einzuordnen.⁶ Dabei gilt es zu klären, ob und inwieweit die ausgewählten Biografien als exemplarisch für KZ-Aufseherinnen im Allgemeinen und bei der HASAG in Leipzig im Speziellen gelten können.

Ausblick 2019

2019 werden wir unsere Recherchen fortführen und die Datenbank mit weiteren Informationen füllen. Wie bereits erwähnt, wollen wir uns dabei verstärkt auf die Frauen, zu denen bereits vergleichsweise viele Informationen vorliegen, konzentrieren und deren Biografien so weit wie möglich erschließen. Darüber hinaus soll nach einigen Frauen noch einmal intensiver recherchiert werden. So ist uns derzeit noch wenig über die beiden Aufseherinnen Käthe H. und Elisabeth S. bekannt, die beide zwischen Juni 1944 und April 1945 in offiziellen Dokumenten in der Funktion der „Oberaufseherin“ des Außenlagers „HASAG Leipzig“ in Erscheinung treten. Weiterhin planen wir, unsere Ergebnisse zu den Aufseherinnen verstärkt mit den Aussagen ehemaliger Häftlinge in Verbindung zu setzen. In vielen Zeitzeugenberichten werden Aufseherinnen und die von ihnen begangenen Gewaltakte detailliert beschrieben, meist jedoch ohne konkrete Namen zu nennen oder nennen zu können. Ein Ziel wird es sein, zu versuchen, die beschriebenen Gewalttaten konkreten Aufseherinnen zuzuordnen. In einem weiteren Schritt werden wir uns auf die Erarbeitung von Materialien für die Vermittlungs- und Bildungsarbeit der GfZL konzentrieren. Neben einer Erweiterung der Dauerausstellung um themenspezifische Tafeln planen wir die Erstellung von Materialien für Seminare und Workshops. Zukünftig sollen zudem interessierte Forscher_innen in der Gedenkstätte Zugriff auf die von uns erstellte Datenbank und die dazugehörige Archivsammlung erhalten.

6 Dies umfasst u.a. Fragen nach dem Zugang von Mädchen zu höherer Bildung in dieser Zeit, aber auch die Auseinandersetzung mit der Rolle von Frauen in der Rüstungsindustrie während des Zweiten Weltkrieges. Aufgrund des hohen Bedarfs an Arbeitskräften wurden deutsche Frauen verstärkt in der Rüstungsindustrie eingesetzt.

„...bitte um Rückgabe.“

Privatfotografien einer Aufseherin des KZ-Außenlagers „HASAG-Leipzig“

Martin Clemens Winter

Die Quellen

Im Gegensatz zu den zahlreichen Fotografien, die im Zuge der Besetzung Leipzigs durch die US-Armee im KZ-Außenlager Leipzig-Thekla gemacht wurden, sind bis heute keine Fotos des nur wenige Kilometer entfernten Lagers „HASAG-Leipzig“ vor oder kurz nach der Befreiung bekannt. Einzig auf Luftaufnahmen der US Air Force ist das Lagergelände mit seinen Gebäuden von oben zu erkennen. Vor wenigen Jahren fand ich in der Außenstelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg erste Hinweise auf Privatfotografien von KZ-Aufseherinnen, die Täterinnen und Täter sowie Teile des Lagergeländes in Leipzig zeigen sollten. Im Zuge der Erarbeitung der Interims-Ausstellung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig habe ich diese Spur wieder aufgenommen und konnte Abzüge der benannten Fotos im Duisburger Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, ausfindig machen. Im Folgenden werden diese Bilder als neu erschlossene Quellen zur Geschichte des KZ-Außenlagers „HASAG-Leipzig“ erstmals veröffentlicht und – soweit es der vorliegende Wissensstand erlaubt – kontextualisiert.

Die Fotos gehören zu einer Vernehmung der ehemaligen KZ-Aufseherin Elisabeth Ehlert, die das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen am Morgen des 14. August 1975 mit der mittlerweile 59-jährigen Rentnerin in

Augsburg führte.¹ Dabei legte sie die drei „in Leipzig aufgenommen[en]“ Fotos vor, konnte aber nicht angeben, „wer sie damals gefertigt hat.“ Der Fotograf oder die Fotografin der Aufnahmen bleibt daher unbekannt.

Die Beamten des LKA klebten die Abzüge auf eine Pappe, um sie in die Akte einzuheften.² Damit schufen sie eine Abfolge, die allerdings nicht derjenigen im Verhör entspricht – die ersten beiden Bezifferungen wurden offenbar vertauscht.³

Elisabeth Ehlert erläuterte das Abgebildete im Verhör: Auf dem ersten Bild seien demnach sie sowie eine Aufseherin namens Helene P. zu sehen, außerdem vier „volksdeutsche“ SS-Angehörige, deren Namen sie nicht mehr benennen könne, sowie ihre Unterkunft im Hintergrund. Das mittlere Bild zeige sie mit zwei weiteren unbenannten Aufseherinnen sowie einem „volksdeut-

¹ Vernehmung von Elisabeth Ehlert, LKA NRW, 14.8.1975, BAarch B 162/15520, Bl. 1161-1164.

² LA NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 118, Nr. 423, Bl. 619a. In der Akte befinden sich noch weitere Abzüge der Aufnahmen.

³ Die Bezeichnung hier im Text folgt der Reihenfolge der abgedruckten Bildquelle von oben nach unten.



schen“ SS-Mann, der von ihr als Schreiber des Lagerkommandanten Wolfgang Plaul identifiziert wurde, vor dem Fahrradschuppen des Lagers, „rechts davon die ‘Hasag’-Werke.“ Auf dem dritten Bild sei abermals sie gemeinsam mit Helene P., im Hintergrund soll ein Vorort von Dresden zu sehen sein.⁴

Die Protagonistinnen

Elisabeth Ehlert wurde 1914 im westfälischen Hagen geboren. Mit fünf Jahren zog ihre Familie nach Genthin (Sachsen-Anhalt), wo sie eine katholische Schule besuchte. In Genthin wurde Mitte der 1930er Jahre eine Außenstelle des Magdeburger Polte-Konzerns zur Rüstungsproduktion aufgebaut. Ab 1941 beschäftigte jenes „Silva-Werk“ mehrere hundert ausländische Zwangsarbeiterinnen.⁵ Ehlert arbeitete dort zunächst als Kontoristin. Im Juni 1943 wurde auf dem Werksgelände ein Barackenlager für KZ-Häftlinge errichtet, parallel dazu beorderte das Arbeitsamt Elisabeth Ehlert ins Frauen-KZ Ravensbrück. Dort wurde sie in mehreren Kommandos als Aufseherin eingesetzt und lernte ihren späteren Verlobten kennen, einen „Volksdeutschen“ aus Ungarn, der ebenfalls als KZ-Wachmann arbeitete. Im Juni 1944 kam sie mit dem ersten Transport von 800 Häftlingen ins neu gegründete KZ „HASAG-Leipzig“, begleitet von Oberaufseherin Käthe Heber und neun weiteren Aufseherinnen.⁶ Die drei Fotos müssen im Sommer/Herbst 1944 entstanden sein, denn Ehlert blieb nur wenige Monate in Leipzig und wurde nach eigenen Angaben dort nicht zur Bewachung von Gefangenen eingesetzt. Da sie schwanger war, kam sie im November 1944 zurück ins KZ Ravensbrück, wo sie am 8. November eine Tochter zur Welt brachte. Von dort aus wurde sie im April 1945 in die Oberpfalz evakuiert und am 1. Mai 1945 von den US-Amerikanern im Internierungslager 77 in Ludwigsburg

interniert.⁷ In frühen Ermittlungen der US-Armee wurde sie von Überlebenden des Lagers ebenso wie Helene P. auf einer Liste von mehr als 60 „SS-Women from Leipzig“ genannt.⁸ Im April 1948 wurde Elisabeth Ehlert von einer Augsburger Spruchkammer als „Mitläuferin“ eingestuft und mit einer Geldbuße von 50 Mark in Freiheit entlassen.

Helene P. wurde 1922 in Herten geboren und arbeitete nach der Volksschule als Hausgehilfin. Nach eigenen Angaben wurde sie erst im Juni 1944 zur SS dienstverpflichtet, kam für drei Tage zu Ausbildung ins KZ Ravensbrück und wurde von dort aus mit einem Häftlingstransport ins KZ-Außenlager „HASAG-Leipzig“ geschickt. Im Gegensatz zu Elisabeth Ehlert blieb sie bis zur Räumung des Lagers im April 1945 vor Ort. Während des Todesmarsches hatte sie sich abgesetzt, wurde im Mai 1945 verhaftet und im Dezember 1947 aus US-amerikanischer Haft in Ludwigsburg entlassen.

Sie behauptete, nicht im Häftlingslager eingesetzt, sondern nur für die Transporte der Gefangenen von und zur Arbeit zuständig gewesen zu sein. Ihrer Meinung nach hatte sie mit den Häftlingen stets „ein zufriedenes Verhältnis“.⁹

Die weiteren auf den Fotos abgebildeten Personen sind bislang unbekannt. Die Uniformen und Abzeichen der Männer auf dem ersten Bild lassen erkennen, dass es sich um drei SS-Sturmänner und einen SS-Schützen (ganz links) handelte – also die drittniedrigsten bzw. niedrigsten Dienstgrade in der SS. Der Dienstgrad des Mannes auf dem zweiten Bild ist nicht festzustellen, da sowohl Kragenspiegel als auch Ärmelabzeichen verdeckt sind.

Sichtbares und Unsichtbares

Die drei Fotos bilden nicht das ab, was wir von Bildern aus einem Konzentrationslager erwarten. Wir sehen weder den Aufbau des Lagers, noch Häftlinge, Zwangsarbeit oder Gewalt. Dennoch zeigen sie uns einen Ausschnitt

des Lageralltags – und zwar die Freizeit der Täterinnen und Täter. Die Bilder sind in dieser Hinsicht vergleichbar mit denjenigen des so genannten „Höcker-Albums“ aus dem KZ Auschwitz.¹⁰ Über diese Fotos bekommen wir „Informationen über den Referenzrahmen der Täter, aber über den Teil, der nicht aus Verwaltungsakten eruiert werden kann. Er zeigt die Täter als Alltagsmenschen, die ein Bedürfnis nach Entspannung und Freizeitgestaltung haben. Es ist ein beispielloses Bild von Täterschaft, das anfänglich befremdend und sogar verstörend wirkt.“¹¹

Bild eins zeigt die vergemeinschaftende Funktion des Dienstes von Frauen und Männern im KZ: Die gemischtgeschlechtliche Gruppe verbringt entspannt Zeit in der Sonne, ein Stuhl wurde vor das Unterkunftsgebäude geräumt, es wird erzählt, geraucht und möglicherweise getrunken – zumindest hält Helene P. eine Flasche in den Händen. Das Foto aus dem KZ wirkt wie ein Schnappschuss aus fröhlichen Jugendtagen.

Der genaue Blick auf die Fotos offenbart weitere Aspekte. Der Turm aus Ziegelsteinen, der die Tür offenhält, deutet auf das ungehobelte Provisorium hin, in dem man sich hier eingerichtet hat. Noch deutlicher wird dies auf dem zweiten Bild, wo der Schuppen im Hintergrund geradezu abenteuerlich „zusammengeschustert“ wirkt.

Bild zwei und drei zusammen stehen wiederum für eine weitere Erfahrungsdimension der Protagonist_innen: Das Motorrad wird zum Symbol der hohen individuellen Mobilität jener Tage. Innerhalb weniger Wochen ging es für viele Aufseherinnen von Lager zu Lager; und wenn das dritte Bild tatsächlich in der Nähe von Dresden aufgenommen wurde, müssen die beiden Frauen auch gemeinsame Ausflüge unternommen haben.

Die Fotos sind uns nur bekannt, weil sie im Kontext schwerster Verbrechen in den Konzentrationslagern entstanden und durch Ermittlungen zur Ahndung dieser Taten aktenkundig wurden. Aus Sicht von Elisabeth Ehlert jedoch sind es vor allem Erinnerungen an aufre-

gende Zeiten; vielleicht die letzten Wochen, die sie vor der Geburt ihres Kindes und der unsicheren Nachkriegszeit samt Internierung als unbeschwert empfand. Dazu passt auch ihr späterer Umgang mit den Bildern: Ehlert stellte sie den Ermittlern mit der Bitte „um Rückgabe“ zur Verfügung. Sie wollte sich nicht von diesen positiv konnotierten Erinnerungen an ihre Jugend trennen, die sie nicht etwa als sichtbare Beweise ihrer Tätigkeit im KZ vernichtet, sondern im Gegenteil jahrzehntelang aufbewahrt hatte.

Die Fotografien zeigen weder KZ-Häftlinge, noch Zwangsarbeit, Gewalt, Hunger oder Krankheiten im Lager.¹² Trotzdem – und gerade durch diese Ausblendungen – geben sie uns Hinweise darauf, wie es möglich war, sich an den Verbrechen zu beteiligen und den Dienst im KZ nachträglich in die eigene Erwerbsbiografie zu integrieren. Dafür brauchte es weder kriminelle Energie, noch eine grundsätzliche Verleugnung der eigenen Geschichte. Die Fotos und ihre Überlieferungsgeschichte machen vielmehr deutlich, dass die Tätigkeit als Aufseherin im Konzentrationslager als „normale Arbeit“ begriffen wurde und dass sich die Täterinnen und Täter in unmittelbarer Nähe zu Vernichtung und Gewalt durchaus eine „gute Zeit“ machen konnten.

12 Auch hier sind die Parallelen zum „Höcker-Album“ offensichtlich. Vgl. Judith Cohen/Rebecca Erbelding: Auschwitz durch die Kameralinse der SS – Die Entschlüsselung eines vielschichtigen Fotoalbums, in: Busch/Hördler/van Pelt: Das Höcker-Album, S. 20-35, hier: S. 34-35.

4 Auf den Fotos ist weder ein „Vorort“ zu erkennen, noch Betriebsgebäude der HASAG. Es bleibt offen, ob das mit ungelenken Formulierungen im Protokoll zusammenhängt oder ob die Bilder in einem geänderten Ausschnitt vervielfältigt wurden, da der Fokus der Ermittler ja auf den abgebildeten Personen als etwaigen Täterinnen und Tätern lag.

5 Wolfgang Bernicke: Das Außenlager Genthin des KZ Ravensbrück – Geschichte und Gedenken, in: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (a.): Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung, 1 (2015). S. 28-39, hier: S. 30.

6 Ihr Einsatzbuch datierte ihren ersten Dienst in Leipzig auf den 8.6.1944. Der erste Transport mit ca. 800 weiblichen Häftlingen aus Ravensbrück traf am 9.6.1944 ein. Vgl. Stefan Hördler: Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr, Göttingen 2015, S. 334. Vgl. auch Aktenvermerk vom 14.6.1944, 1.1.5.0/82066300#1, ITS Bad Arolsen, Digitales Archiv.

7 Das ergibt sich daraus, dass Ehlert in der Fotosammlung von KZ-Aufseherinnen von Erika Buchmann enthalten ist, die in dieser Zeit entstand. Vgl. Jeanette Toussaint: „Ich bitte Sie um Auskunft, was Ihnen über die Genannte und deren Verhalten gegenüber den Häftlingen bekannt ist.“ Die Geschichte einer Fotosammlung, in: Simone Erpel (Hrsg.): Im Gefolge der SS. Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007, S. 265-276.

8 SS-Women from Leipzig, 2.5.1945, United States Holocaust Memorial Museum, RG-06.005.05.M, 000-50-62, unpag.

9 Vernehmung von Helene G., geb. M., gesch. P., LKA NRW, 13.11.1975, BArch B 162/15520, Bl. 1152-1154.

10 Dieses enthält 116 Fotos aus dem KZ Auschwitz und dessen Umfeld, auf denen Personal des Lagerkomplexes abgebildet ist. Karl Höcker, der Besitzer des Albums und mutmaßliche Fotograf der Bilder, war der Adjutant des letzten Kommandanten von Auschwitz I, Richard Baer gewesen. Das Album wurde im Jahr 2006 von einem ehemaligen US-amerikanischen Nachrichtendienst an das United States Holocaust Memorial Museum übergeben.

11 Christophe Busch/Stefan Hördler/Jan van Pelt: Freizeit in Auschwitz – Zur Dechiffrierung fotografischer Quellen der SS, in: Dies. (Hrsg.) Das Höcker-Album. Auschwitz durch die Linse der SS, Darmstadt 2016, S. 10-19, hier: S. 15.

VORSCHAU

VERANSTALTUNGS- PROGRAMM

2019

• Führungen durch die Gedenkstätte für Zwangsarbeit und über das ehemalige HASAG-Gelände

Führungen durch die Gedenkstätte finden
immer am 2. Samstag jeden Monats um 14
Uhr statt.

Die nächsten Termine:

Samstag, 12. Januar | 9. Februar | 9. März |
13. April | 8. Juni jeweils 14:00 Uhr

Einige Führungen haben

Themenschwerpunkte:

12. Januar | 8. Juni: „Das Gesicht der Leipziger
Rüstungsproduktion war weiblich.“

Das Frauen-KZ der HASAG in Leipzig.

9. Februar: Zwangsarbeit und Vernichtung.
Die Lager der HASAG im besetzten Polen
1939-1944.

• Stadtteilrundgänge auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit jeweils Samstag, 11:00 Uhr

Connewitz	27. April + 18. Mai
Lindenau	6. April + 4. Mai
Plagwitz	25. Mai + 22. Juni
Reudnitz	25. Mai + 29. Juni
Volkmarsdorf	6. April

Böhlen bei Leipzig 25. Mai | 14:00 Uhr
(Fahrradtour)

• Donnerstag, 24. Januar 2019 | 19:00 Uhr | Conne Island

Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR.
Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der
DDR-Zeitgeschichtsforschung.

Buchvorstellung und Gespräch mit den Her-
ausgeber_innen Enrico Heitzer, Martin Jander,
Anetta Kahane und Patrice G. Poutrus

• Dienstag, 5. Februar 2019 | 19:00 Uhr | Ost- Passage-Theater

KZ und Comics – Nationalsozialistische
Konzentrationslager in Comics der 1940er
und 50er Jahre. Vortrag von Markus Streb

• Freitag, 15. März – Samstag 16. März 2019

Die Riebeckstraße 63 (1892-1990): Von
der städtischen Zwangsarbeitsanstalt zum Ort
medizinischer Disziplinierung.

Symposium zum aktuellen Forschungsstand
und einem zukünftigen Gestaltungskonzept
als Gedenk- und Lernort.

• Samstag, 11. Mai 2019 | 18:00–23:00

Museumsnacht
Halle / Leipzig

• Freitag, 17. Mai – Sonntag, 19. Mai 2019

Fahrt in die Mahn- und Gedenkstätte
Ravensbrück
*in Kooperation mit der feministischen
Bibliothek MONALIESA.*
Weitere Informationen in Kürze.
zwangsarbeit-in-leipzig.de
monaliesa.wordpress.com

Impressum / Öffnungszeiten / Kontakt

Herausgeber: Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e.V.

Redaktion: Anne Friebe

Gestaltung: Janett Bielau

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig

Telefon: 0341 2352075

gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de

www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Öffnungszeiten:

NEU ab Januar 2019:

Montag bis Donnerstag 10–18 Uhr
(und nach Vereinbarung)

Der Eintritt ist frei.

Spendenkonto:

Kontoinhaber: Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e.V.

IBAN: DE82 8605 5592 1100 1609 96

BIC: WELADE8LXX

Verwendungszweck: Spende für GfZL

Der Betrieb der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig durch
den Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e.V. wird gefördert
durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln
auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen
Landtags beschlossenen Haushalts und durch das Kulturreferat
der Stadt Leipzig.



Stadt Leipzig
Kulturreferat



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

